



Niederschrift

Nr. der Sitzung **RAT/16/046**
Gremium **Rat der Stadt Neuss**
Datum **08.05.2020**

Sitzungsdauer:
Öffentliche Sitzung 16.00 Uhr – 21.15 Uhr

Sitzungsort: **Stadthalle Neuss, 41460 Neuss**

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

- 1 Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Bestellung eines zweiten Schriftführers für den Rat der Stadt Neuss
- 4 Umbesetzung Ausschüsse und Gremien
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Bericht zur Bewältigung der Corona-Krise
- 7 Beratung mobil - aufsuchende Drogenhilfe
- 8 Zuständigkeitsordnung
- 9 Einwohnerfragestunde in Ausschüssen
- 10 Neueinrichtung und Fortführung von Gremien des Rates und der Ausschüsse
- 11 Richtlinien zur Bürgerbeteiligung
- 12 Fesserstraße, Knotenpunkt Römerstraße: Barrierefreier Knotenpunktumbau sowie Umbau von Nebenanlagen
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
- 13 Geulenstraße: Fahrbahnverbreiterung zwischen der Straße "Am Hasenberg" und der Mecklenburgstraße
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
- 14 Alexianerplatz: Umbau zur Erschließung des Bebauungsplangebietes 484; Beseitigung einer Engstelle in der Nebenanlage der Nordkanalallee
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
- 15 Kölner Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen "Humboldtstraße" sowie barrierefreier Umbau des Knotenpunktes Kölner Straße / Grüner Weg / Humboldtstraße

- (Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
- 16 Gladbacher Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen "Am Strauchbusch" sowie der angrenzenden Querungsstellen
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
- 17 Grefrather Weg: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Gaußstraße" sowie Herstellung barrierefreier Querungsstellen
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
- 18 Nachrüstung vorhandener Bushaltestellen mit taktilen Elementen (2. Maßnahmenpaket für das Förderprogramm 2021)
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
- 19 Goldregenweg und Haselweg: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-
- 20 Hagebottenweg und Magnolienweg: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-
- 21 Hainbuchenweg: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-
- 22 Leostraße zwischen Further Straße und Frankenstraße: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-
- 23 Am Hochofen, Heerdterbuschstraße: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-
- 24 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Neuss - Erneuter Auslegungsbeschluss
- 25 Umgestaltung des Knotenpunktes Am Kivitzbusch/ Frankenstraße
- 26 Umgestaltung der Gnadentaler Allee im Bereich der Sekundarschule Neuss
- 27 Geförderter Wohnungsbau im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 456 - Rheintorstraße / Düsseldorfer Straße -
- 28 Bebauungsplan V 117/3 Gladbacher Straße (Wohnungsbau)
- 29 Flächennutzungsplanänderung Nr. 133 – Hammfeld II, Hammer Landstraße / Derendorfweg - Aufstellungsbeschluss

Beschlussfassung des Rates

- 30 Veräußerung der RWE-Aktien
- 31 Kreiswerke Grevenbroich GmbH - Benennung stellvertretender Mitglieder des Aufsichtsrates
- 32 Beibehaltung der aktuellen Regelungen zur Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Raum und in den Parkbauten der CityParkhaus GmbH aufgrund der Corona-Lage bis zum 31.12.2020
- 33 Hilfsmaßnahmen für von "Corona" besonders betroffene Unternehmen
- 34 Erlass von Sondernutzungsgebühren im Rahmen des kommunalen Rettungsschirms
- 35 Anpassung von Betriebszeiten für derzeit eingeschränkte Außengastronomie
- 36 Elternbeiträge Kita, Kindertagespflege und OGS für den Monat Mai 2020
- 37 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen
 - 37.1 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 295 betr.
Bebauungsplan 458 - Vogelsang, Gewerbegebiet Bataverstraße: Realisierung des zweiten Bauabschnittes bis zur Stadtgrenze Meerbusch
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
 - 37.2 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 296 betr.
Nordkanalallee: Schaffung einer neuen Zufahrt in das Bebauungsplangebiet BPL 484 (Augustinusviertel, ehemaliges St.-Alexius-Krankenhaus)
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
 - 37.3 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 297 betr.
Kölner Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Dunantstraße" (Fahrtrichtung stadtauswärts)
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
 - 37.4 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 298 betr.
Nachrüstung vorhandener Bushaltestellen mit taktilen Elementen (1. Maßnahmenpaket für das Förderprogramm 2021)
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-
 - 37.5 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 299 betr.:
Lärmaktionsplan der Stadt Neuss
 - 37.6 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 300 betr.:
Zweckgebundener Zuschuss für die "Neusser Eine-Welt-Initiative" (NEWI) für das Jahr 2020
 - 37.7 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 294 betr.
Einsatz von Bioziden zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinner

- 37.8 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 301 -
Zweckgebundener Zuschuss für die "neuss-agenda 21 e.V." für das Jahr 2020
- 37.9 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 302 betr.
Spielraumplanung: Grundsatzbeschluss Kinderspielplatzprogramm 2020/21
- 37.10 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 292 betr.:
Vorgeschlagene Änderungen der Satzung Elternbeiträge für Angebote der offenen
Ganztagsgrundschule
- 37.11 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 293 betr.:
Kooperationsvereinbarung Kolping-Bildungswerk
- 37.12 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 304 -
Bebauungsplan Nr. 499 – Barbaraviertel, Bockholtstraße/Leuschstraße (Gewerbe- und
Industriegebiet) - Aufstellungsbeschluss
- 37.13 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 305 -
Bebauungsplan Nr. 500 – Hammfeld II, Hammer Landstraße/Derendorfsweg - Aufstel-
lungsbeschluss
- 37.14 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 306 -
Bebauungsplan Nr. 501 - Norf, Nievenheimer Straße (Kita) - Aufstellungsbeschluss
- 37.15 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 307 -
Bebauungsplan Nr. 484 – Augustinusviertel, Ehemaliges St.-Alexius-Krankenhaus - Aus-
legungsbeschluss
- 37.16 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 308 -
Stadtmauerkonzept und Umsetzung erster Maßnahmen
- 37.17 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 309 -
Erneuerung Beleuchtungsanlagen am Wierstraetweg zwischen Niedertor und Alte Post
- 37.18 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 310 -
Tag der nachhaltigen Mobilität am 20.06.2020 - Durchführung und Finanzierung
- 37.19 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 313 -
1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 37 für den Geltungsbereich des Bebau-
ungsplans Nr. 487 - Barbaraviertel, Düsseldorfer Straße / Bockholtstraße / Leuschstraße
(ehemaliges Pierburgareal)
- 37.20 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 320 betr.
Betreuungsbeiträge

Anträge

- 38 Antrag der SPD-Fraktion betr.
Flächendeckend Bezirksausschüsse einrichten
- 39 Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr.
Änderung der Geschäftsordnung des Rates
- 40 Antrag der FDP-Fraktion betr.:
Konzept und Strategieentwicklung zur langfristigen Reduzierung der Personalkosten im
Zeitraum 2020-2030

- 41 Antrag der FDP-Fraktion betr.
Wider die unreflektierten und vornehmlich affektiv begründeten Anträge, die RWE-Aktien der Stadt abzustoßen - Transformationsprozess des Energiekonzerns rechtfertigt ein Festhalten an den RWE-Aktien
- 42 Antrag der Stadtratsfraktion UWG/Freie Wähler Neuss - GO-Neuss betr.
Sportförderrichtlinien der Stadt Neuss / Fristverlängerung für die Antragstellung
- 43 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr.
Aufwertung Stadtgarten
- 44 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr.
Planungsstand Feuerwache Süd
- 45 Antrag der SPD-Fraktion betr.
Lehren aus der Corona-Krise für die Schullandschaft ziehen – Einrichtung eines „Runden Tisches“
- 46 Antrag der FDP-Fraktion betr.
Aufbau der IT-Infrastruktur zur Virtualisierung des Schulunterrichts in Zeiten der Pandemie und danach
- 47 Antrag der FDP-Fraktion betr.
Erweiterung des digitalen Bürgerservices
- 48 Antrag der FDP-Fraktion betr.
Einrichtung eines virtualisierten Bürgerservices
- 49 Antrag der SPD-Fraktion betr.
Corona-Schutzschirm: Mit dem „Neu(ss)Start“ die Herausforderungen der Krise meistern
- 50 Antrag der AfD-Fraktion betr.
Beendigung Corona-Shutdown
- 51 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr.
Gastronomen und Schausteller entlasten
- 52 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr.
Digitalisierung in Neusser Schulen vorantreiben
- 53 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr.
Neuss bleibt soziale Großstadt
- 54 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr.
Kita-Trägerschaften sichern
- 55 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr.
Berichterstattung des GMN zum Stand der Bau- und Sanierungsmaßnahmen an den Neusser Schulen
- 56 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr.
Humanitäre Notfallmaßnahme - Aufnahme hilfsbedürftiger Familien und minderjähriger unbegleiteter Geflüchteter aus Griechenland
- 57 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr.
Elternbeiträge aussetzen

- 58 Antrag der LINKE-Fraktion betr.
Umsetzung von Haushaltsbeschlüssen

Anfragen

- 58.1 Anfrage des Herrn Stv. C. Thiel betr.
Verlängerung des Hubertusweges zum Nixhütter Weg/Aurinstraße (K17) in Neuss-Reuschenberg
- 58.2 Anfrage des Stv. Herrn C. Thiel betr.
Parkraumsituation Jakob-Koch-Str./Südpark in Neuss-Reuschenberg
- 58.3 Anfrage des Herrn Stadtverordneten C. Thiel betr.
Parkraumsituation Parkplatz Südpark Eishalle in Neuss-Reuschenberg
- 58.4 Anfrage von Herrn Stv. Michael Klinkicht betr.
Bundes- / NRW-Soforthilfe-Programm (Corona-Hilfe)
- 58.5 Anfrage von Herrn Stv. Thomas Kaumanns betr.
Zuhörer beim Audiostream der Ratsitzungen
- 58.6 Anfrage von Herrn Stv. Thomas Kaumanns betr.
Renovierung des Bolzplatzes im Barbaraviertel
- 58.7 Anfrage von Herrn Stv. Thomas Kaumanns betr.
Zuschüsse für plusKITA
- 58.8 Anfrage von Herrn Stv. Thomas Kaumanns betr.
Bewerbung der Stadt bei „Smart Cities made in Germany“

Mitteilungen der Verwaltung

- 59 Bericht zur aktuellen Haushaltslage
- 60 Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr (hier: Sachstand zur Einführung einer betrieblichen Krankenversicherung)
- 61 Wirtschaftsförderung in der Coronakrise
- 62 Sachstandsmitteilung Wegfall verkaufsoffener Sonntag am 03.05.2020 durch COVID-19
- 63 Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Leistungsstörungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie
- 64 Sachstandsbericht Ausbau Kindertagesbetreuung in der Stadt Neuss

Einwohnerfragestunde

Bündnis 90/Die Grünen

Arndt, Ingeborg	Stadtverordnete
Benary, Susanne	Stadtverordnete
Claes, Hedwig	Stadtverordnete
Klinkicht, Michael	Stadtverordneter
Olpen, Jennifer	Stadtverordnete
Welsink, Uwe Günther	Stadtverordneter
Zander, Dieter	Stadtverordneter

FDP

Bodewig, Manfred	Stadtverordneter
Broll, Heide	Stadtverordnete
Fantini, Hans-Peter	Stadtverordneter
Janßen, Cornelius	Stadtverordneter
Verfürth, Hermann Josef, Dr. med.	Stadtverordneter

Die Linke

Cziesla, Vincent	Stadtverordneter
Höhne, Swantje	Stadtverordnete
Sperling, Roland	Stadtverordneter

UWG/Freie Wähler Neuss - GO-Neuss

Davarci, Deniz	Stadtverordneter
Thiel, Carsten	Stadtverordneter

AfD

Kranefuss, Dirk	Stadtverordneter	
Weinert, Karin	Stadtverordnete	bis Top 6

Piratenpartei/fraktionslos

Hoff, Hugo	Stadtverordneter
------------	------------------

Fraktionslos

Aßmuth, Dirk	Stadtverordneter
--------------	------------------

Verwaltung

Rentergent, Tim	
Rosenberger, Claudia	
Steffens, Johanna	Schriftführerin

Verwaltung

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Gensler, Beigeordneter Lachmann, Beigeordnete Dr. Zangs, Beigeordneter Hölters, Beigeordneter Dr. Welpmann, Frau Paschek, Frau Rosenberger (1B), Herr Derichs (1R), Herr Fischer (1B.PI), Herr Hübner (51)

Gäste

Herr Erdogan (Vorsitzender Integrationsrat)

Niederschrift

Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung weist Herr Breuer auf das Kriegsende vor 75 Jahren am 08.05.1945 hin und bittet alle Anwesenden sich für eine Gedenkminute von Ihren Plätzen zu erheben.

Herr Breuer betont die besondere Situation, in der man sich durch die Pandemie befinde und die es erforderlich gemacht habe, die heutige Sitzung des Rates in der Stadthalle durchzuführen. Hier könnten die notwendigen Abstandsregeln eingehalten werden. Er bittet darum, sich an die Hygieneregeln zu halten.

Des Weiteren verweist er darauf hin, dass die Ratssitzung als Livestream im Internet übertragen werde und das Recht bestünde, dieser Übertragung zu widersprechen.

Beschluss

Es wird festgestellt, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte 6 „Bericht zur Bewältigung der Corona-Krise“ und 58 „Bericht zur aktuellen Haushaltslage“ sowie Top 8 „Zuständigkeitsordnung“, TOP 10 „Neueinrichtung und Fortführung von Gremien des Rates und der Ausschüsse“ und TOP 38 „Antrag der SPD-Fraktion betr. Flächendeckend Bezirksausschüsse einrichten“ werden gemeinsam beraten.

Die Punkte 30 „Veräußerung der RWE-Aktien“ und 41 „Antrag der FDP-Fraktion betr. Wider die unreflektierten und vornehmlich affektiv begründeten Anträge, die RWE-Aktien der Stadt abzustoßen – Transformationsprozess des Energiekonzerns rechtfertigt ein Festhalten an den RWE-Aktien“ werden ebenfalls gemeinsam beraten.

Der Top 58.1 „Anfrage von Herrn Stv. C. Thiel betr. Verlängerung des Hubertusweges zum Nixhütter Weg/Aurinstraße (K17) in Neuss-Reuschenberg“, TOP 58.2 „Anfrage von Herrn Stv. C. Thiel betr. Parkraumsituation Jakob-Koch-Str./Südpark in Neuss-Reuschenberg“, TOP 58.3 „Anfrage von Herrn Stv. C. Thiel betr. Parkraumsituation Parkplatz Südpark Eishalle in Neuss-Reuschenberg“, TOP 58.4 „Anfrage von Herrn Stv. Klinkicht betr. Bundes-/NRW-Soforthilfe-Programm (Corona-Hilfe)“, TOP 58.5 „Anfrage von Herrn Stv. Kaumanns betr. Zuhörer beim Audiostream der Ratssitzungen“, TOP 58.6 „Anfrage von Herrn Stv. Kaumanns betr. Renovierung des Bolzplatzes im Barbaraviertel“, TOP 58.7 „Anfrage von Herrn Stv. Kaumanns betr. Zuschüsse für plusKITA“ sowie TOP 58.8 „Anfrage von Herrn Stv. Kaumanns betr. Bewerbung der Stadt bei „Smart Cities made in Germany“ werden in die Tagesordnung aufgenommen.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Herr Breuer weist darauf hin, dass im Verlauf der Tagesordnung einzelne Punkte gemeinsam beraten werden sollten und er das jeweils entsprechend ankündigt.

TOP 3 Bestellung eines zweiten Schriftführers für den Rat der Stadt Neuss

Beschluss

Herr Tim Rentergent, Bürgermeisteramt, wird gem. § 24 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Neuss i. V. m. § 52 Abs. 1 GO NRW zum zweiten Schriftführer des Rates der Stadt Neuss bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

TOP 4 Umbesetzung Ausschüsse und Gremien

Beschluss

Der Rat der Stadt Neuss beschließt folgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Wirtschafts- u. Liegenschaftsangelegenheiten

SPD

Mitglied
bisher: s.B. Herzog, Christian
neu: s.B. Franosch, Joel

Ersatzvertreter
bisher: s.B. Franosch, Joel
neu: s.B. Herzog, Christian

Bauausschuss

SPD

Mitglied
bisher: s.B. Raschdorf, Heinz
neu: s.B. Franken-Weyers, Rosemarie

Vertreter
bisher: s.B. Maaßen, Volker (beendet)
neu: s.B. Raschdorf, Heinz

BZA Norf

SPD

Mitglied bisher: Stv. Kullick, Karlheinz
neu: s.B. Ucar, Ridvan

Vertreter bisher: s.B. Ucar, Ridvan
neu: Stv. Kullick, Karlheinz

BZA Rosellen

SPD

Mitglied bisher: s.B. Kannemann, Markus
neu: s.B. Kandler, Arno

Vertreter bisher: s.B. Stolz, Ingo
neu: s.B. Kannemann, Markus

Ersatzvertreter neu: s.B. Stolz, Ingo

BZA Uedesheim

SPD

Mitglied bisher: s.B. Herzog, Christian
neu: Stv. Kullick, Karlheinz

Ersatzvertreter neu: s.B. Herzog, Christian

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Thönnessen fragt nach, wann hinsichtlich der ZUE am Rennbahnpark wieder mit einer Öffnung der Grünfläche zu rechnen sei.

Weiter wird angefragt, ob eine Veranstaltung hinsichtlich der „Mittsommernacht“ vor Ort möglich sei.

Herr Breuer erklärt, dass eine Öffnung des Rennbahnparks für die Bewohner der ZUE in der nächsten Woche wieder möglich sei. Hinsichtlich einer geplanten Veranstaltung zur „Mittsommernacht“ stellt dies eine Versammlung nach der Corona Schutzverordnung dar, welche so nicht genehmigt werden könne. Grundsätzlich müsste jedoch hier von Einzelfall zu Einzelfall entschieden werden.

Herr Joachim Patten erkundigt sich, ob von Seiten des Rates bzw. der Verwaltung eine Stellungnahme bzw. Einsprüche zur geplanten Erweiterung des Düsseldorfer Flughafens erfolge.

Herr Breuer teilt mit, dass der Rat der Stadt Neuss eine entsprechende Beschlussfassung getroffen und dazu auch eine Haltung bezüglich der Erweiterung des Flughafens eingenommen habe und sagt zu, diese Herrn Patten schriftlich zukommen zu lassen.

TOP 6 Bericht zur Bewältigung der Corona-Krise

Anmerkung

Die Beratung bzw. der Bericht erfolgte zusammen mit TOP 58

Diskussion

Herr Breuer führt aus, dass in der Stadt Neuss momentan lediglich sieben Personen mit dem Corona-Virus erkrankt seien. Diese geringe Anzahl sei der Disziplin der Einwohner*innen hinsichtlich der Einhaltung der Hygienevorschriften zu verdanken. Das ehrenamtliche Engagement vieler Bürger, welche z. B. die Ausgabe an den Gabenzäunen betreuen oder Schutzmasken nähen, sei vorbildlich.

Wichtig sei es jedoch auch, die Wirtschaft und hier insbesondere die Restaurants und Gastwirtschaften zu stärken und zu unterstützen. Die Zuschüsse für Träger und Vereine blieben bestehen und auch die KiTa-Beiträge entfallen weiter, sodass gerade im sozialen Bereich für Entlastung gesorgt werde.

Sein Dank gehe an Rat und Verwaltung, welche in dieser schwierigen Zeit zusammenstehen und gemeinsam an Lösungen im Umgang mit der Pandemie arbeiten.

Herr Lachmann stellt in einer Präsentation die aktuellen Zahlen zur Corona-Krise vor und geht hier vor allem auf die Arbeit des SAE (Stab für Außergewöhnliche Ereignisse) ein.

Herr Gensler verweist zu Beginn seines Vortrages auf die Mitteilung der Verwaltung unter Top 58. Derzeit befinde man sich in der vorläufigen Haushaltsführung, würde aber zeitnah den Haushalt veröffentlichen und damit wirksam machen, nachdem der Landrat den Haushalt zur Kenntnis genommen habe.

Nun hätte sich durch Corona allerdings eine neue Sachlage ergeben und keiner könne abschätzen, wie es weitergehe. Ein im Normalfall aufgrund der aktuellen Finanzlage notwendiger Nachtragshaushalt mache wenig Sinn. Das hätte auch die Landesregierung erkannt und bereits entsprechend reagiert, wie man dem beigefügten Schreiben entnehmen könne.

Es bliebe danach bei der vorläufigen Haushaltsführung. Die Verwaltung habe sich aber entschieden, dennoch den Haushalt bekannt zu machen. Damit sei er als Kämmerer verpflichtet, mit einer Bewirtschaftungsverfügung auf die eingetretene Veränderung der wirtschaftlichen Gesamtsituation zu reagieren. Eine solche Verfügung würde bedeuten, dass die Fachverwaltungen der Kämmerer darlegen müssten, wie sie jede einzelne Ausgabe einschätzen würden. Die Kämmererei würde dies dann prüfen. Somit wäre es vorrangig Aufgabe der jeweiligen Fachbereiche, nach Einsparungen zu schauen und die Ausgaben zu bewerten.

Die Landesregierung habe bereits verschiedene Ideen zum Umgang mit der „Corona-Situation“ und favorisiere im Moment die Lösung über einen sogenannten Corona-Sonderfond. Bei einem solchen würden die Mehraufwendungen und Mindererträge, die sich aus der aktuellen Situation ergeben, haushaltsrechtlich isoliert und in einem Sonderhaushalt/Sondervermögen dargestellt.

Über welche Mittel und Maßnahmen dann entschieden werden müsste, würde er zu gegebener Zeit berichten und entscheiden lassen.

Herr Gensler kommt danach auf die materielle Seite zu sprechen. Man habe sehr früh den Unternehmen signalisiert, dass sie Stundungs- und Herabsetzungsanträge stellen könnten. Dies wurde auch getan und es lägen bisher 600 Anträge vor, die alle zügig und unbürokratisch bearbeitet wurden. Danach käme man auf eine Herabsetzung der Gewerbesteuer von zur Zeit 16 Millionen Euro. Dies mache bisher nur 10 % der Gewerbesteuerfälle aus, womit er sagen wolle, dass sich die Zahl mindestens verdoppeln werde, um den diesjährigen Gewerbesteuerrückgang beziffern zu können. Außerdem kämen voraussichtlich weitere Rückgänge, z. B. in den Bereichen Grundsteuer, Kita-Beiträge und Sondernutzungsgebühren auf die Stadt zu.

Insgesamt gehe er von einem mittel bis hohen zweistelligen Millionenbetrag aus, der dem Land verloren gehe

Herr Jansen bedankt sich bei den vielen Bürger*innen, die sich auf verschiedenste Art und Weise in dieser Krise eingebracht und sich füreinander eingesetzt hätten.

Sein Dank gelte auch den Mitarbeiter*innen der Verwaltung. Diese hätten gute Arbeit in den letzten Wochen geleistet und daher distanzieren er sich ausdrücklich von einem Schreiben der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. April, in dem behauptet würde, die Verwaltung und damit auch die Demokratie werde ausgesetzt. Die Sitzungen des Ältestenrates hätten gut funktioniert und man habe sich gemeinsam auf diesen Weg verständigt. Daher ständen heute auch entsprechend viele Dringlichkeitsentscheidungen zur Genehmigung auf der Tagesordnung.

Es hätte die Alternative gegeben, die Aufgaben des Rates auf den Hauptausschuss zu übertragen, doch dafür hätte sich keine Mehrheit gefunden.

Frau Schäfer bedankt sich bei Herrn Gensler für die Ausführungen. Sie wünsche sich für den laufenden Haushalt eine Übersicht der Einsparvorschläge seitens der einzelnen Dezernate. Sicher müssten die Prioritäten aufgrund der sich veränderten Situation neu bewertet werden. Herr Breuer erläutert, da dies scheinbar nicht klar sei, dazu, dass man sich für die folgenden Haushalte sicher noch einmal intensiver zusammensetzen müsste und bittet Herrn Gensler, den Bewirtschaftungsrahmen grob zu skizzieren.

Herr Gensler führt daher aus, dass die Verwaltung jedes Jahr vom 1. Januar bis zum Eintreffen der Kenntnisnahme der Aufsicht zwischen März bis Mia mit einer Bewirtschaftungsverfügung arbeite. Dabei gehe es nicht um ein Sparprogramm, es werde nur die Übergangszeit geregelt. Er werde die nun zu fertigende Verfügung dem Rat zur Kenntnis geben, damit sich dieser ein Bild davon machen könne. Er wolle nur darstellen, dass man aufgrund der absehbaren Mindereinnahmen nicht zur Tagesordnung übergehen könne. Das Mittel der Haushaltssperre wolle er derzeit nicht anwenden.

Herr Breuer versichert in diesem Zusammenhang, dass die Verwaltung in all den Fällen, wo im Haushalt Aufgaben mit Haushaltsmitteln hinterlegt seien und diese Maßnahmen nicht durchgeführt werden sollten oder könnten, man auf die Politik zugehe und sensibilisiere. Allerdings macht er auch deutlich, dass nicht alles wie bisher umgesetzt werden könne. Die Verwaltung habe beispielsweise den Auftrag erhalten, eine globale Minderausgabe von 5 Millionen Euro zu erwirtschaften. Auch dazu werde die Verwaltung Vorschläge unterbreiten und in den Fachausschüssen berichten. Hier verweist er auf den Antrag der Linken und erläutert, bei den aufgeführten Maßnahmen derzeit keine Umsetzungsprobleme zu sehen.

Herr Cziesla erläutert seinen Antrag. Es werde sicherlich in 2020 nur eine beschränkte Ausführung des Haushaltsplanes geben. Und wenn die Verwaltung nun einen Standortstärkungsfonds vorschläge, was eine neue freiwillige Aufgabe darstelle, dann halte er es für angebracht, über mögliche neue Prioritäten zu beraten. Die Beschlüsse aus dem letzten Jahr hätten durch Corona nichts an ihrer Dringlichkeit verloren und gehörten weiter umgesetzt wie z. B. Unterbringung von obdachlosen Frauen, der Klimaschutz oder der Neuss Pass.

Herr C. Thiel bedankt sich ebenfalls bei allen Helfer*innen und Unterstützer*innen in dieser schweren Zeit. Er mache sich Sorgen um die Rückzahlung der zusätzlichen Ausgaben und könne das Vorgehen von Bund und Land nicht nachvollziehen.

Auch Herr Bodewig dankt für die Ausführungen und auch für die Maßnahmen, die die Verwaltung unternommen habe, um die Krise in den Griff zu bekommen. Wenn er höre, dass ca. 20 % des Haushaltes in 2020 wegbrechen würde, dann wäre es allerhöchste Zeit, die Prioritäten neu zu überdenken und gegenzusteuern. Der Standortstärkungsfonds wäre daher eine notwendige Investition in die Zukunft.

Herr Klinkicht macht aus seiner Sicht die Notwendigkeit der heutigen Ratssitzung deutlich. Er sei froh, dass wieder Präsenzsitzungen durchgeführt würden und man damit der Öffentlichkeit zeigen könne, der Rat und die Politik sei handlungsfähig. Daher danke er der Verwaltung, dass sie dies möglich gemacht habe.

Er halte es für ausgesprochen wichtig, dass die sozialen Standards nicht neu hinterfragt werden, sondern man daran festhalte. Das Signal müsse sein, wir unterstützen, wo wir können. Aber selbstverständlich müsse überlegt werden, an welchen Stellen Kompensationsmaßnahmen vorgenommen werden müssten.

Herr Sperling ist optimistisch, dass sich die Wirtschaft relativ schnell wieder erhole und es wichtig sei, dass Neuss am dann kommenden Wirtschaftsaufschwung teilnehme.

Er habe noch zwei Nachfragen zum Vortag von Herrn Lachmann. Zum einen möchte er wissen, ob und was die Stadt vor Eintreffen von 50 Neuinfektionen in 7 Tagen tun könne. Zum anderen bezieht

sich seine Frage auf die in der Gastronomie geltenden Lockerungen ab dem 11. Mai. Biete die Verwaltung hier praktische Hilfe bei der Umsetzung an, da diese doch sehr kurzfristig in Kraft treten würden.

Herr Breuer erläutert dazu, dass man im engen Austausch, auch über das Wochenende, mit der Gastronomie sei, um die zu erwartenden Rechtsverordnungen des Landes bestmöglich umsetzen zu können. Nächste Woche würde man sich an einem Runden Tisch wieder zusammensetzen.

Herr Lachmann geht nochmals auf die erste Frage von Herrn Sperling ein. Die angesprochene Regel müsse in den nächsten Tagen konkretisiert werden. Es werde nicht einfacher dadurch, dass die Verordnungen bisher immer sehr kurzfristig bekannt gemacht wurden.

Herr Aßmuth schließt sich dem Dank an die Verwaltung an. Stadt und Kreis hätten vorbildlich gehandelt. Auch er sei froh, dass es wieder Präsenzveranstaltungen gäbe.

Er halte es für notwendig, sich mit der finanziellen Lage der Stadt auseinander zu setzen und nicht einfach weiterzumachen. Es gehe jetzt nicht mehr um Kleinstbeträge und schon jetzt müsse man sich über Einsparungen unterhalten.

Des Weiteren sei aus seiner Sicht noch nicht darüber gesprochen worden, wie lange man denn die Unternehmen und gerade auch die Gastronomen unterstützen wolle.

Herr Breuer verweist dazu auf die weiteren Beratungen, wo konkrete Maßnahmen besprochen werden.

Herr Breuer macht zum Abschluss nochmals deutlich, dass auch in Krisenzeiten die Auseinandersetzung und Diskussion im politischen Raum wichtig sei. Man habe dies bisher auf eine vertretbare Art und Weise im Ältestenrat getan. Die dort vom Bürgermeister und Vertretern der Fraktionen getroffenen Dringlichkeitsentscheidungen würden alle zur Genehmigung und Diskussion heute im Rat vorgelegt. Nun könne im Rahmen des Vertretbaren die Ausschussarbeit und damit die Informations- und Beratungstätigkeit wieder anlaufen; allerdings lageabhängig und auf Widerruf und auf das Notwendige reduziert. Das würde jeweils in Abstimmung mit den Ausschussvorsitzenden geklärt.

TOP 7 Beratung mobil - aufsuchende Drogenhilfe

Beschluss

1. Das Projekt „Beratung mobil“ soll über das Jahr 2020 hinaus fortgesetzt werden.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die dafür notwendigen Personalressourcen bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

64 Ja (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2 AfD, 2 fraktionslos)

2 Nein (UWG/GO Neuss)

Diskussion

Herr Kaumanns vermisst in der Vorlage den dritten Unterpunkt, der im Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde. Er bittet um Erläuterung.

Herr Breuer sichert den in diesem Punkt angesprochene Bericht in der neuen Ratsperiode zu.

Herr C. Thiel bemängelt, dass lediglich 248 Kontaktgespräche stattgefunden hätten, was auf das Jahr gerechnet, lediglich ein Kontakt pro Tag ausmache. Er stellt den Antrag, das Projekt erst einmal auf ein Jahr zu beschränken.

Herr Kullik erläutert, dass das Projekt erst am 01.04. gestartet sei und anlaufen müsse. Dann würden sich auch die täglichen Kontakte erhöhen. Es sei aber grundsätzlich gut gestartet.

Herr Breuer lässt über den Änderungsantrag abstimmen, der mit zwei Ja Stimmen der UWG/Go Neuss abgelehnt ist.

TOP 8 Zuständigkeitsordnung

Beschluss

Der nachfolgende Beschluss wird zur weiteren Beratung in die AG Zuständigkeitsordnung und Bürgerbeteiligung verwiesen:

Der Rat der Stadt Neuss beschließt die Zuständigkeitsordnung in der vorgelegten Form und delegiert damit die dort genannten Entscheidungsbefugnisse an die jeweils genannten Ausschüsse.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Satzungsänderungen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig verwiesen

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 10 und 38.

Diskussion

Herr Breuer erläutert, dass dieser Punkt zusammen mit den Top`s 10 und 38 beraten werden sollte. Er gehe davon aus, dass die Zuständigkeitsordnung sowie die Neueinrichtung und Fortführung von Gremien zur weiteren Beratung in die AG Zuständigkeitsordnung und Bürgerbeteiligung verwiesen würde.

Herr Kaumanns bestätigt dies und stellt einen entsprechenden Verweisungsantrag.

Herr Sperling spricht sich für eine Verweisung aus, bittet dabei auch um Beratung der Frage, wie eine gesetzlich notwendige Widerspruchsfrist bei Ausübung von Entscheidungsbefugnissen eines Ausschusses ausgestaltet werden könne und welche Rückholmöglichkeiten vorgesehen werden sollten.

Herr Breuer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass vorgesehen sei, die Geschäftsordnung und Hauptsatzung zur neuen Ratsperiode anzupassen und auf den neuesten Stand zu bringen. Da könnten auch diese Fragen mit aufgenommen werden. Die Anregung der Fraktion Die Linke sowie die Einführung der Einwohnerfragestunde in allen Ausschüssen, die ebenfalls zur Abstimmung vorläge, würde allerdings direkt umgesetzt.

Auf die Frage von Herrn C. Thiel bzgl. der Delegation von Vermietung und Verpachtung von Grundstücken empfiehlt Herr Breuer die Diskussion dazu in der AG.

Herr Kullik sieht eine weitere Verweisung kritisch, da die Einrichtung von Bezirksausschüssen von den Bürgern, speziell in Grimlinghausen, gewünscht sei und man diese nicht weiter vertrösten wolle mit einer Entscheidung.

Herr Breuer macht noch einmal deutlich, dass es um eine Beschlussempfehlung an den neuen Rat gehe; auch zum Thema Einrichtung von Bezirksausschüssen. Corona bedingt hätte sich die Beratung in der Arbeitsgruppe verzögert, aber es gäbe noch ausreichend Möglichkeiten und Zeit für Entscheidungen.

Herr Klinkicht und Frau Schäfer bestätigen dies. Es bedürfe der intensiven Beratung. Herr Schümann bringt zum Ausdruck, dass eine sorgfältige Diskussion notwendig und von Nöten sei.

Man könne nicht flächendeckend in 29 Wahlbezirken Bezirksausschüsse einrichten.
Herr Sperling merkt an, dass die Bürger nicht unbedingt Bezirksausschüsse wollten, sondern eine Bürgerbeteiligung und die dafür notwendigen Richtlinien müssten noch erarbeitet werden.

TOP 9 Einwohnerfragestunde in Ausschüssen

Beschluss

In den Sitzungen der Ausschüsse und der Bezirksausschüsse findet jeweils zu Beginn und am Ende der öffentlichen Tagesordnung eine Einwohnerfragestunde analog des § 14a der Geschäftsordnung des Rates statt.

In der Geschäftsordnung des Rates sind in § 24 Abs. 1 hinter den Wörtern „Die Vorschriften dieser Geschäftsordnung“ die Wörter „einschließlich des § 14a“ einzufügen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 10 Neueinrichtung und Fortführung von Gremien des Rates und der Ausschüsse

Beschluss

Der nachfolgende Beschluss wird zur weiteren Beratung in die AG Zuständigkeitsordnung und Bürgerbeteiligung verwiesen:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem im Jahr 2020 neu gewählten Rat die Einrichtung bzw. Fortführung der in der Sachverhaltsdarstellung genannten Ausschüsse und zugeordneten Gremien für die neue Wahlperiode vorzuschlagen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem neu gewählten Rat hinsichtlich der Vertretung für Teile des Stadtgebietes die folgenden vier Alternativen zur Entscheidung vorzuschlagen:
 - a. Bezirksssausschüsse werden nicht eingerichtet.
 - b. Es werden unter Berücksichtigung der Änderungen durch den Zuschnitt von Wahlbezirken, wie bisher, Bezirksausschüsse für Holzheim, Norf, Rosellen und Uedesheim eingerichtet. Ergänzend wird ein BZA Nordstadt eingerichtet.
 - c. Es werden x Bezirksausschüsse eingerichtet, die zusammen das gesamte Stadtgebiet abdecken. (z.B. BZA Nord, West, Mitte, Süd)
 - d. Es werden durch den Rat Ortsvorsteher für näher festzulegende Bezirke gewählt.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung entsprechend des Beschlusses zu 1. und 2. Änderungen der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung des Rates und der entsprechenden (Betriebs-) Satzungen und Zuständigkeitsordnungen vorzubereiten und dem neu gewählten Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig verwiesen

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 8 und 38i

TOP 11 Richtlinien zur Bürgerbeteiligung

Beschluss

1. Der Rat unterstützt die bisherigen Aktivitäten der Verwaltung zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und bekräftigt den Beschluss aus dem Hauptausschuss vom 25.01.2018, die unmittelbare Bürgerbeteiligung zu stärken und unter Einbindung der Anträge und Vorschläge der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen Leitlinien zu erarbeiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung im Rahmen eines dialogischen Prozesses unter Beteiligung von Bürgern, Politik und Verwaltung vorzubereiten, durchzuführen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Dieser Prozess soll mit Hilfe geeigneter externer Moderatoren geführt werden. Eine paritätische Beteiligung der Bürgerschaft, Politik und der Verwaltung ist sicherzustellen. Die Auswahl der beteiligten Bürgerinnen und Bürger erfolgt nach dem Zufallsprinzip. Dabei wird eine möglichst repräsentative Verteilung nach Alter, Geschlecht und Wohnort angestrebt.

3. Eine Ausschreibung hierfür erfolgt, sobald entsprechende Finanzierungsmittel bereitstehen. Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushaltsentwurf für 2021 Mittel i. H. von 50.000 € vorzuschlagen und die Kosten für die Ausweitung der Bürgerbeteiligung (Personal- und Sachkosten) zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 12 Fesserstraße, Knotenpunkt Römerstraße: Barrierefreier Knotenpunktumbau sowie Umbau von Nebenanlagen (Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

Der Planvorlage und dem Ausbauprogramm wird vorbehaltlich der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln beim Tiefbaumanagement der Stadt Neuss zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt
3 Enthaltungen (Die Linke)

Diskussion

Herr Cziesla weist darauf hin, dass es zu dieser und auch der nächsten Maßnahme innerhalb seiner Fraktion nach Fragen gegeben hätte und er bitte wenn keine Dringlichkeit bestehe, darum, beide Entscheidungen in den Bauausschuss und ggfs. auch in den AK Rad und Fuß zurück zu verweisen. Herr Breuer merkt an, dass keine weitere Sitzung des Bauausschusses terminiert sei. Herr Schümann berichtet, dass man zwar keine Sitzung durchgeführt habe, aber eine Telefonkonferenz stattgefunden hätte und die Punkte sehr ausführlich beraten worden seien. Dort hätten die Fraktionen die Gelegenheit gehabt, Fragen zu stellen. Herr Breuer lässt daraufhin über den Verweisungsantrag abstimmen, der mit drei Ja Stimmen abgelehnt wird.

**TOP 13 Geulenstraße: Fahrbahnverbreiterung zwischen der Straße "Am Hasenberg" und der Mecklenburgstraße (Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

Der Planvorlage und dem Ausbauprogramm wird vorbehaltlich der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln beim Tiefbaumanagement der Stadt Neuss zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 14 Alexianerplatz: Umbau zur Erschließung des Bebauungsplangebietes 484; Beseitigung einer Engstelle in der Nebenanlage der Nordkanalallee (Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

1.) Der Planvorlage und dem Ausbauprogramm zum (ggf. provisorischen) Umbau des Alexianerplatzes (erster Bauabschnitt) wird vorbehaltlich des Abschlusses eines Städtebaulichen Vertrages zugestimmt.

2.) Dem Bau eines getrennten Geh- und Radweges entlang der Nordkanalallee (zweiter Bauabschnitt) wird vorbehaltlich der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln beim Tiefbaumanagement der Stadt Neuss zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 15 Kölner Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen "Humboldtstraße" sowie barrierefreier Umbau des Knotenpunktes Kölner Straße / Grüner Weg / Humboldtstraße (Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

Der Planvorlage und dem Ausbauprogramm wird – vorbehaltlich der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln beim Tiefbaumanagement der Stadt Neuss und vorbehaltlich der Bewilligung von Zuwendungen gemäß § 12 ÖPNVG NRW – zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 16 Gladbacher Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen "Am Strauchbusch" sowie der angrenzenden Querungsstellen (Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

Der Planvorlage und dem Ausbauprogramm wird vorbehaltlich der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln beim Tiefbaumanagement der Stadt Neuss sowie vorbehaltlich der Bewilligung von Zuwendungen gemäß § 12 ÖPNVG NRW zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 17 Grefrather Weg: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Gaußstraße" sowie Herstellung barrierefreier Querungsstellen (Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

Der Planvorlage und dem Ausbauprogramm wird vorbehaltlich der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln beim Tiefbaumanagement der Stadt Neuss und vorbehaltlich der Bewilligung von Zuwendungen gemäß § 12 ÖPNVG NRW zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 18 Nachrüstung vorhandener Bushaltestellen mit taktilen Elementen (2. Maßnahmenpaket für das Förderprogramm 2021)
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

Der Planvorlage und dem Ausbauprogramm für die Nachrüstung der Bushaltestellen mit taktilen Elementen und für den barrierefreien Umbau von Querungsstellen in der Baulast der Stadt Neuss wird vorbehaltlich der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln beim Tiefbaumanagement der Stadt Neuss sowie vorbehaltlich der Bewilligung von Zuwendungen gemäß § 12 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 19 Goldregenweg und Haselweg: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-**

Beschluss

Das Tiefbaumanagement der Stadt Neuss wird beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung mit den Grundstückseigentümerinnen und –eigentümern des Goldregenweges und des Haselweges eine verbindliche Anliegerversammlung gemäß §8a KAG NRW durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt
64 (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2 AfD, 2 fraktionslos)
2 Nein (UWG/GO Neuss)

Diskussion

Herr C. Thiel erklärt, dass man den TOP's 19-23 nicht zustimmen werde, da von den Anwohnern Straßenbaubeiträge erhoben würden.

Herr Schumann merkt an, dass es erst einmal nur um verkehrstechnische Entwürfe gehe, die mit den Bürger*innen erörtert werden sollen. Daher sei er im Einvernehmen mit dem stellv. Ausschuss-

vorsitzenden Herrn Ott dafür, die Punkte zu beschließen und in der nächsten Sitzung des Bauausschusses das Thema wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Baum weist auf eine neue Regelung im kommunalen Abgabengesetz hin, nachdem eine Bürgerinformation durchzuführen sei.

Da sei auch der Grund, warum hier nun Entwürfe zur Abstimmung ständen, um auf diesen Veranstaltungen etwas präsentieren zu können, führt Herr Breuer aus.

**TOP 20 Hagebuttenweg und Magnolienweg: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik (Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-**

Beschluss

Das Tiefbaumanagement der Stadt Neuss wird beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung mit den Grundstückseigentümerinnen und –eigentümern des Hagebuttenweges und des Magnolienweges eine verbindliche Anliegerversammlung gemäß §8a KAG NRW durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

64 Ja (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2 AfD, 2 fraktionslos)

2 Nein (UWG/GO Neuss)

**TOP 21 Hainbuchenweg: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik (Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-**

Beschluss

Das Tiefbaumanagement der Stadt Neuss wird beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung mit den Grundstückseigentümerinnen und –eigentümern des Hainbuchenweges eine verbindliche Anliegerversammlung gemäß §8a KAG NRW durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

64 (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2 AfD, 2 fraktionslos)

2 Nein (UWG/GO Neuss)

**TOP 22 Leostraße zwischen Further Straße und Frankenstraße: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik (Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-**

Beschluss

Das Tiefbaumanagement der Stadt Neuss wird beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung mit den Grundstückseigentümerinnen und –eigentümern der Leostraße zwischen Further Straße und Frankenstraße eine verbindliche Anliegerversammlung gemäß §8a KAG NRW durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt
64 (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2 AfD, 2 fraktionslos)
2 Nein (UWG/GO Neuss)

**TOP 23 Am Hochofen, Heerdterbuschstraße: Straßenwiederherstellung nach Kanalbau nach Stand der Technik (Straßenbau, Beleuchtung)
-Verkehrstechnischer Entwurf als Grundlage der verbindlichen Anliegerversammlung-**

Beschluss

Das Tiefbaumanagement der Stadt Neuss wird beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung mit den Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern der Straße „Am Hochofen“ und der Heerdterbuschstraße eine verbindliche Anliegerversammlung gemäß §8a KAG NRW durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt
64 (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2 AfD, 2 fraktionslos)
2 Nein (UWG/GO Neuss)

TOP 24 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Neuss - Erneuter Auslegungsbeschluss

Beschluss

Die öffentliche Auslegung des gegenüber der Fassung vom 15.12.2017 geänderten Entwurfs des neuen Flächennutzungsplans für die Stadt Neuss wird gemäß § 4a Abs. 3 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB in der aktuell gültigen Fassung beschlossen. Zudem soll die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB erfolgen.

Es wird beschlossen, die erneute öffentliche Auslegung mit einem Entwurf des Flächennutzungsplanes durchzuführen, der auf die Darstellung des neuen Gewerbegebietes in Derikum verzichtet und stattdessen eine Fläche für die Landwirtschaft darstellt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Planentwurf, die Begründung und den Umweltbericht für die Durchführung der erneuten öffentlichen Auslegung anzupassen.

Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, zum Feststellungsbeschluss einen Vorschlag und ein Prozedere für die Gewerbeflächensicherung mit einer längerfristigen Perspektive (2035) darzulegen (unter Einbeziehung der Möglichkeiten der Änderung der Regionalplanung, Interkommunaler Zusammenarbeit und eines separat aufzustellenden Teil-Flächennutzungsplanes Gewerbe).

Abstimmungsergebnis

Absatz 1

Mehrheitlich zugestimmt

59 Ja (27 CDU, 19 SPD, 7 Die Grünen, 3 Die Linke, 2 UWG/GO Neuss, 1 fraktionslos)

8 Nein (5 FDP, 2 AfD, 1 fraktionslos)

Absatz 2 und 3

38 Ja/dafür

30 Nein/dagegen

Auf Antrag der Fraktionen von SDP und FDP wird über den Vermittlungsvorschlag der Verwaltung geheim abgestimmt.

Diskussion

Frau Arndt bezieht sich auf die Wohnungsbaufäche in Norf an der Nievenheimer Straße. Im Bezirksausschuss sei beschlossen worden, die Fläche unterhalb des Friedhofes nicht weiter als Wohnungsbaufäche auszuweisen, sondern als Ausgleichsfäche für andere Maßnahmen. Da dies offensichtlich nicht der Fall sei, wolle sie den Antrag erneut stellen.

Des Weiteren sieht sie ein Problem mit der Fläche Alu Norf. Diese sei ihrer Meinung nach nicht ausreichend in Bezug auf eine mögliche Behinderung der Frischluftschneise geprüft worden und daher bitte sie hier um eine klimatologische Untersuchung.

Und abschließend bitte sie die Verwaltung, Kriterien zu entwickeln, um den Mangel an Gewerbeflächen besser verwalten und planen zu können.

Herr Bodewig kann nicht nachvollziehen, dass immer wieder, wenn der Flächennutzungsplan (FNP) auf der Tagesordnung stehe, neue Anträge und Änderungen geprüft werden müssten. Die FDP-

Fraktion sei der Meinung, der FNP in seiner ursprünglichen Form von Beginn des Jahres mit all den dort ausgewiesenen Gewerbe- und Wohngebieten sie als gut zu bewerten. Er stelle daher den Antrag, diesen in dieser Form zur Auslegung zu verabschieden und nicht die nun hier vorgelegte Änderung.

Herr Sperling betont, dass seine Fraktion es ausdrücklich begrüße, dass das Gewerbegebiet kman sich weiterhin mit dem Thema Gewerbeflächen beschäftigen müsse.

Er bitte noch um Informationen zum Baugebiet Pierburg Alt.

Frau Koenemann erläutert, das man nach eingehenden und intensiven Beratungen zu dem Ergebnis gekommen sei, dass das Gewerbegebiet Derikum mit einbezogen werden sollte. Dies sei lange Zeit auch Haltung der SPD und des Bürgermeisters gewesen, die sich nun aber gedreht hätten. Wenn das Gebiet jetzt in die Offenlage käme, könnte man intensiv weiter darüber diskutieren und das wäre Haltung der CDU, dies mit den Bürger*innen im gesamten Stadtgebiet zu tun. Es wäre zwingend notwendig, weitere Gewerbeflächen auszuweisen.

Herr Klinkicht macht deutlich, dass die heutige Abstimmung nur die 2. Offenlage umfasse und nicht die endgültige Verabschiedung. Der FNP sei ein wichtiges Thema, welches die Menschen in Neuss bewege. Seine Fraktion habe mit dem Koalitionspartner hart gerungen, gerade auch was den Klimaschutz betreffe. Man müsse nicht nur ausschließlich wirtschafts- und wohnungsbauorientiert denken, sondern auch hier in Abwägung einen Ausgleich erzielen. Daher unterstütze er auch den Vortrag von Frau Arndt. Man müsse darauf achten, welche Unternehmen man sich ansiedeln lasse und wie viele Flächenversiegelung man noch wolle. Er sehe es durchaus positiv, dass sich die SPD habe überzeugen lasse und man in Norf daraufhin einen einstimmigen Beschluss gegen das Gewerbegebiet in Derikum getroffen habe. In dieser Frage habe man kein Einvernehmen mit der CDU herstellen können. Das könne man als Sollbruchstelle so stehen lassen.

Des Weiteren unterstütze er den Antrag von Frau Arndt, keine weitere Wohnungsbaufäche in Norf auszuweisen.

Herr Karbowski erläutert, dass sich die SPD-Fraktion sehr eingehend mit der FNP beschäftigt habe und in allen Fachausschüssen und in den Bezirksausschüssen immer gesagt habe, dass eine gerechte Verteilung der möglichen neuen Gewerbefläche im Stadtgebiet ein wichtiges Kriterium sei. Man habe tatsächlich in Derikum lange einen anderen Weg verfolgt. Allerdings habe man sich nach vielen intensiv geführten Gesprächen mit den Bürger*innen vor Ort und unter Beachtung des Klimaschutzes auf ein gemeinsames Positionspapier verständigt, das von allen Fachpolitikern und Wahlkreisbetreuern unterstützt werde. Ein Punkt darin sei, die Gewerbegebietserweiterung in Derikum nicht mehr weiter zu verfolgen.

Er könne der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen, beantrage aber geheime Abstimmung zum Thema Derikum.

Herr Bodewig hätte einen gleichlautenden Antrag auf geheime Abstimmung gestellt. Er möchte weiter darauf hinweisen, dass gerade große Industrieunternehmen ein Größtmaß an Ausgleichsflächen auch in Neuss ausweisen würden. Weitere Gewerbeflächenansiedlungen seien notwendig, um auch weiterhin als soziale Großstadt handeln zu können. Ohne Derikum seien weitere Ansiedlung nicht mehr möglich; es gäbe keine Alternativen.

Herr Breuer erläutert, dass er bei der geheimen Abstimmung über die Absätze 2 und 3 abstimmen lassen würde. Das sei die Abweichung vom Entwurf des FNP. Je nach Ausgang der Abstimmung, hätte man dann eine Grundlage für eine abschließende Abstimmung über den FNP.

Herr Kranefuß betont die Notwendigkeit der Ausweisung weiterer Gewerbefläche und werde daher dem Antrag der FDP zustimmen.

Frau Schäfer macht darauf aufmerksam, dass der Bezirksausschuss In Rosellen an der Diskussion nicht beteiligt gewesen wäre.

Es ginge heute um Perspektiven für die nächsten 30 Jahre und da müsse man sich klar machen, dass es darum ginge, Neuss für die Zukunft fit zu machen.

In Derikum dürfe man nicht vergessen, dass dies nur realisiert werden könne, wenn die Anschlussstelle Delrath käme und das Verkehrsproblem im Süden gelöst seien.

Herr Janßen verweist auf einen guten Branchenmix, mit dem man sich auch nicht in Abhängigkeit

von bestimmten Großunternehmen mache.

Herr Baum stellt klar, dass es sich in Derikum nicht um ein neues Gewerbegebiet handele, sondern um eine 24 Hektar große die Erweiterung eines bestehenden Gebietes.

Er bitte um Erläuterungen, wie Absatz 3 der Empfehlung zu verstehen sei, dass man einen separat aufzustellenden Teilflächennutzungsplan Gewerbe aufstellen müsse.

Herr Breuer macht nochmals deutlich, dass die Verwaltung einen Kompromiss vorgelegt habe damit endlich ünderden FNP weiter abgestimmt werden könne. Im Kern wolle man endlich die Wohnbauprojekte, die dahinterstehen, in die Umsetzung bringen. Dafür gehe die Verwaltung unkonventionelle Wege.

Herr Hölters beantwortet die aufgeworfenen Fragen:

Die Ausweisung als Wohnungsbaufäche in Norf sei notwendig zum Flächennachweises für Wohnungsbau und bedürfe im weiteren separater Entscheidungen. Die Fläche Alu Norf sei explizit zur Erweiterung des Industriebetriebes vorgesehen. Die Fläche westlich und nicht östlich der A57 sei laut Regionalrat als Regionaler Grünzug auszuweisen und dem sei man nun gefolgt. Kriterien für Gewerbeflächen seien im Gewerbeflächengutachten enthalten, auch unter ökologischen Aspekten. In Bezug auf den Sachstand Pierburg Alt verweise er auf die zur Genehmigung anstehenden Dringlichkeitsentscheidungen. Unter anderem sei zwischenzeitlich ein städtebaulicher Vertrag geschlossen, der weitere Maßnahmen nach sich ziehe.

Zu der Frage von Herrn Baum nach einem Teil-FNP sei dies eine thematische Bezeichnung. Es würden Teiländerungen vorgenommen bis zum Feststellungsbeschluss und der Neudarstellung im neuen FNP.

Frau Beyen erläutert die verkehrlichen Probleme in Norf, Derikum und dem Neusser Süden, wo bis heute keine Lösung gefunden werden konnte.

Frau Arndt betont nochmals, dass es eine Abstimmung zu der Fläche an der Nievenheimer Straße geben solle.

Und sie bleibe bei ihrer Forderung nach einer Untersuchung zu Alu Norf. Der regionale Grüngürtel habe damit nichts zu tun. In diesem Zusammenhang kündige sie bereits an, dass beabsichtigt sei, im Zusammenhang mit dem Klimaschutzkonzept für das gesamte Stadtgebiet eine klimatologische Untersuchung durchführen zu lassen.

Herr Thiel teilt mit, dass auch er sich gegen das Gewerbegebiet ausspreche.

Herr Breuer fasst zusammen, dass die Fragen nach Kriterien für Gewerbeansiedlungen mit in den Ausschuss für Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten genommen werde.

Die Bitte klimatologische Auswirkungen in Bezug auf Alu Norf zu beleuchten, nimmt die Verwaltung ebenfalls auf.

Als nächstes lässt Herr Breuer über die Umwandlung der Fläche Nievenheimer Straße in eine Ausgleichsfläche abstimmen. Mit den Stimmen der Grünen ist der Antrag abgelehnt.

Herr Breuer erläutert nochmals, dass bei er nun stattfindenden geheimen Abstimmung zum Vermittlungsvorschlag der Verwaltung mit Ja für die Herausnahme des Gewerbegebietes Derikum gestimmt werde und bei Nein für den Verbleib. Dies beinhalte die Absätze 2 und 3 der Beschlussempfehlung.

Im Folgenden findet die geheime Abstimmung statt.

Herr Breuer gibt das von den Auszählern ermittelte Ergebnis bekannt, wonach bei 68 gültigen Stimmen 38 Stimmen dafür und 30 Stimmen dagegen gestimmt haben. Damit sei der Vermittlungsvorschlag angenommen.

Abschließend lässt Herr Breuer über die Auslegung als solche abstimmen.

TOP 25 Umgestaltung des Knotenpunktes Am Kivitzbusch/ Frankenstraße

Beschluss

Dem Entwurf zur Umgestaltung des Knotenpunktes „Am Kivitzbusch / Frankenstraße“ gemäß Plannummer 6/341 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage eine Ausführungsplanung zu erstellen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 26 Umgestaltung der Gnadentaler Allee im Bereich der Sekundarschule Neuss

Beschluss

Dem Entwurf zur Umgestaltung der Gnadentaler Allee gemäß Plannummer 16/317 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage eine Ausführungsplanung zu erstellen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

61 Ja (27 CDU, 19 SPD, 7 Die Grünen, 3 Die Linke, 2 UWG/GO Neuss, 2 AfD, 1 fraktionslos)
6 Nein (5 FDP, 1 fraktionslos)

Diskussion

Frau Broll sieht keine Grundlage zur Zustimmung, da weder Pläne noch Kosten bekannt seien und wenn es dann soweit sei, es die Schule nicht mehr gäbe.

Frau von Nollendorf und Frau Hohlman unterstreichen die Wichtigkeit des Projektes vor Ort.

TOP 27 Geförderter Wohnungsbau im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 456 - Rheintorstraße / Düsseldorfer Straße -

Beschluss

Im Bereich der Flächen, für die der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan Nr. 456 „Mischgebiet (MI)“ festsetzt, sind 10 % aller zukünftig realisierten Wohneinheiten als geförderte Wohnungen im Sinne des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen

(WFNG NRW) i.V.m. den Wohnungsbauförderungsbestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen (WFB 2020) auszuführen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Quote in geeigneter Weise (Änderung/ Ergänzung des bereits abgeschlossenen städtebaulichen Vertrages bzw. Aufhebung des bestehenden und Abschluss eines neuen städtebaulichen Vertrages) verbindlich in einer Vereinbarung mit der Grundstückseigentümerin und deren Rechtsnachfolgern festzuschreiben.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

42 Ja (27 CDU, 7 Die Grünen, 5 FDP, 2 AfD, 1 fraktionslos)

25 Nein (19 SPD, 3 Die Linke, 2 UWG/GO Neuss, 1 fraktionslos)

Diskussion

Herr Karbowiak erläutert die Historie. Hier sei es zumindest gelungen, den Investor vertraglich auf 10 % bezahlbaren Wohnraum festzulegen. Für die SPD sei es dennoch ein schwieriges Thema, da sie bei allen Wohnprojekten so viele öffentlich geförderte Wohnungen wie möglich umzusetzen versuche. Bei diesem Bauvorhaben wären bei 25% 230 Einheiten möglich und daher könne man dem Beschluss so nicht folgen.

Herr Sperling stellt daher den Antrag, die Quote für den geförderten Wohnungsbau von 10 auf 25 % zu erhöhen. Das sei nach seiner Einschätzung auch möglich, da der städtebauliche Vertrag dem nicht entgegenstehe. Wenn der Investor dies nicht leisten könne, müsse man sich einen anderen suchen.

Frau Schäfer widerspricht ihrem Vorredner. Der Vertrag mit dem Investor sei geschlossen worden bevor eine Mindestförderquote festgelegt wurde. Sie sei froh, dass an dieser Stelle überhaupt Wohnraum entstünde.

Herr Baum unterstützt Frau Schäfer, ebenso wie Herr Janßen. Das Gelände hätte so lange brach gelegen und es sei gut, dass hier nun etwas passiere.

Herr Thiel gibt Herrn Sperling Recht und fordert ebenfalls die 25 % Quote. Es hätte in der Vergangenheit immer wieder Ausreden gegeben und dann müsse man auch keinen

Herr Breuer lässt über den Antrag auf Weiterverhandlung abstimmen, der mit 23 Ja Stimmen abgelehnt wird.

TOP 28 Bebauungsplan V 117/3 Gladbacher Straße (Wohnungsbau)

Beschluss

Die Abwägungsvorschläge zu allen im Verfahren eingegangenen Anregungen aus der Öffentlichkeit sowie Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden nachvollzogen. Die Abwägungsergebnisse werden als inhaltlich ausgewogen beschlossen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. V 1173 - Vogelsang, Gladbacher Str. (Wohnbebauung)- in der Fassung vom 07.04.2020 wird mit textlichen Festsetzungen und Begründung gem. §§ 10, 12

und 13 a BauGB i. V. m. §§ 7 und 41 Abs. 1 f GO NW in der derzeit gültigen Fassung als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans umfasst die beiden Flurstücke Gemarkung Neuss, Flur 61, Flurstücke 431 und 432, eine Fläche von zusammen ca. 9824 m².

Das Plangebiet befindet sich in Neuss-Vogelsang und wird begrenzt durch die Gladbacher Straße im Südosten, das Landschaftsschutzgebiet „Stingesbachaue mit Dreieckswäldchen und Baggersee“ im Nordwesten sowie die Bebauung der Bolssiedlung (Lisztstraße) im Nordosten und die anschließende Bebauung der Gladbacher Straße im Südwesten.

Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 29 Flächennutzungsplanänderung Nr. 133 – Hammfeld II, Hammer Landstraße / Derendorfweg - Aufstellungsbeschluss

Beschluss

Die Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 133 – Hammfeld II, Hammer Landstraße / Derendorfweg – gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in der derzeit gültigen Fassung wird beschlossen.

Die genaue Plangebietsabgrenzung ist der Plandarstellung in der Anlage 1 zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

64 Ja (27 CDU, 19 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 2 UWG/GO Neuss, 2 AfD, 2 fraktionslos

3 Nein (Die Linke)

Beschlussfassung des Rates

TOP 30 Veräußerung der RWE-Aktien

Beschluss

1. Für die Veräußerung der von der Stadt Neuss gehaltenen 78.230 RWE-Stammaktien werden die zu erzielenden Verkaufspreise wie folgt festgelegt:

- > Mindestverkaufskurs von **35,00 €** im Xetra Handel
(oberes Verkaufslimit bei stabilem/steigendem Aktienkurs)
 - > Stop Loss bei einem Kurs von **31,00 €** mit einem Stop Loss Limit von mindestens dem aktuellen Buchwert im Xetra Handel
(unteres Verkaufslimit bei einem Kursverfall)
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Verkauf nach Maßgabe der mit dem Verband der Kommunalen RWE-Aktionäre (VKA) geschlossenen Bindungsverträge frühestens nach der am 26.06.2020 stattfindenden RWE-Hauptversammlung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

1. Antrag der FDP, die RWE-Aktien nicht zu verkaufen.

Mehrheitlich abgelehnt

13 Ja (5 FDP, 3 Die Linke, 2 UWG/GO Neuss, 2 AfD, 1 fraktionslos)

54 Nein (27 CDU, 19 SPD, 7 Die Grünen, 1 fraktionslos)

2. Ziffer 1

Mindestverkaufskurs von **35,00 €** im Xetra Handeln

Mehrheitlich zugestimmt

39 Ja (27 CDU, 7 Die Grünen, 5 FDP)

25 Nein (19 SPD, 3 Die Linke, 2 UWG/GO Neuss, 1 fraktionslos)

2 Enthaltungen (AfD)

Ziffer 1

Stop Loss bei einem Kurs von **31,00 €** mit einem Stop Loss Limit von mindestens dem aktuellen Buchwert im Xetra Handel

Einstimmig zugestimmt

3. Ziffer 2

Einstimmig zugestimmt

Diskussion

Herr Breuer weist darauf hin, dass der Punkt mit dem Antrag der FDP unter TOP 41 beraten wird. Herr Gensler ergänzt die Beschlussempfehlung um den heute aktuellen Börsenkurs von 27,13 € und weist darauf hin, dass die Hauptversammlung der RWE am 26. Juni als virtuelle Versammlung durchgeführt werde.

Frau Heyers ist der Auffassung, dass man nicht unter Buchwert verkaufen und daher die Festlegung abstrakt darauf vornehmen solle. Ihre Wunschvorstellung wäre, das gewartet wird, bis die Aktie auf 35 € steigt.

Herr Breuer fasst danach zusammen, dass oberstes Verkaufslimit mit 35 € angegeben werden sollte und das Stop Loss Limit jeweils in Höhe des Buchwertes. Der weitere Wert läge dann bei 31 €

Herr Jansen betont, dass man sich aus inhaltlichen Gründen von dem Aktienpaket trennen wolle. Auch er sei dafür, dass der Buchwert nicht unterschritten werden solle. Aber dann könne verkauft werden und es müsste nicht gewartet werden, bis der Wert bei 35 € läge.

Herr Bodewig macht Bezug nehmend auf seinen Antrag nochmals deutlich, dass die FDP-Fraktion gegen den Verkauf der RWE-Aktien sei. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen mache ein Verkauf keinen Sinn.

Herr Klinkicht teilt mit, dass man sich mit dem Koalitionspartner auf den Wert 35 € als Kompromiss geeinigt habe.

Herr Breuer hält fest, dass man Konsens darüber finden konnte, die Aktien nicht unter dem aktuellen Buchwert und den zweiten Punkt Stopp Loss bei 31 € festzulegen.

Zur Diskussion stände nun noch das oberste Verkaufslimit, was mit 35 € angesetzt sei. Dazu lässt er zuerst über den weitestgehenden Antrag der FDP, die Aktien gar nicht zu verkaufen, abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Danach wird über das Höchstlimit von 35 € abgestimmt, dem mehrheitlich zugestimmt wird.

TOP 31 Kreiswerke Grevenbroich GmbH - Benennung stellvertretender Mitglieder des Aufsichtsrates

Beschluss

Als stellvertretende Mitglieder im Aufsichtsrat der Kreiswerke Grevenbroich GmbH werden gem. § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages folgende Personen bestimmt:

1. Ein/e vom Bürgermeister benannte/r Bedienstete/r als persönliches Ersatzmitglied für Herrn Bürgermeister Breuer
2. Herr Stv. Crefeld als persönliches Ersatzmitglied für Frau Stv. Heyers

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

42 Ja (27 CDU, 7 Die Grünen, 5 FDP, 2 AfD, 1 fraktionslos)

24 Nein (18 SPD, 3 Die Linke, 2 UWG/GO Neuss, 1 fraktionslos)

Herr Breuer weist darauf hin, dass es hier laut Ältestenrat zwei Vorschläge gäbe: Herrn Crefeld und Herrn Hildebrandt.

Er schlägt vor, durch Stimmenmehrheit zu entscheiden, wer als persönliches Ersatzmitglied für Frau Heyers bestimmt werden solle und lässt entsprechend abstimmen.

TOP 32 Beibehaltung der aktuellen Regelungen zur Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Raum und in den Parkbauten der CityParkhaus GmbH aufgrund der Corona-Lage bis zum 31.12.2020

Beschluss

Der Rat der Stadt Neuss behält die aktuellen Regelungen für die Parkgebühren im öffentlichen Straßenraum und in den Parkhäusern der städtischen CityParkhaus GmbH bis zum 31.12.2020 bei.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

63 Ja (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 2 UWG/GO Neuss, 2 AfD, 2 fraktionslos)

3 Nein (Die Linke)

Herr Breuer erläutert, dass die Probephase aufgrund der Corona-Lage bis zum 31.12.2020 verlängert werden soll. Er gibt den Hinweis, dass es aus steuerrechtlichen Gründen noch einer Prüfung bedarf; in der Sache aber entschieden werden könne.

Frau Heyers bittet darum, auch die Situation der Gesellschaft zu betrachten. In Zukunft müsse sich Gedanken darüber gemacht werden, wie mit den Einnahmeausfällen bei der CityParkhaus GmbH umgegangen werden könnte.

Dem stimmt Herr Breuer zu und nimmt dies als Auftrag mit, sich mit diesem Thema im Beteiligungsausschuss zu beschäftigen. Eine ähnliche Situation gebe es auch bei Neuss Marketing.

TOP 33 Hilfsmaßnahmen für von "Corona" besonders betroffene Unternehmen

Beschluss

1. Zur Unterstützung der besonders von den Folgen der Bekämpfung der Corona-Pandemie betroffenen Unternehmen sollen ausgehend von einer Maximalförderung von 5.000,00 € pro Unternehmen insgesamt 5 Millionen Euro außerplanmäßig bereitgestellt werden. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses 2020.
2. Die Mittel des Standortstärkungsfonds werden als Zuschuss zu laufenden Mietzinszahlungsverpflichtungen (bei kreditfinanziertem Eigentum: laufenden Darlehensraten) für die in Neuss gelegenen Betriebsstätten der besonders betroffenen Unternehmen ausgezahlt.
3. Die Zuschussgewährung setzt neben einer besonderen Betroffenheit (ausgedrückt in einem qualifizierten Rückgang des Nettoumsatzes) infolge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie eine darauf beruhende drohende Zahlungsunfähigkeit des antragstellenden Unternehmens voraus. Dabei muss das Unternehmen vor dem 31.12.2019 wirtschaftlich gesund gewesen sein.

4. Die Einzelheiten zu den Fördervoraussetzungen und zum Verfahren zur Beantragung einer Förderung einschließlich einer (nachträglichen) Prüfung der Einhaltung der Förderbedingungen und einer etwaigen Rückforderung regelt eine von der Stadt Neuss zu veröffentlichende Richtlinie.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

65 Ja (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 2 UWG/GO Neuss, 2 AfD, 1 fraktionslos)

1 Nein (fraktionslos)

Diskussion

Frau Heyers dankt der Verwaltung für ihre Arbeit und den durchdachten Vorschlag; insbesondere, dass der Fokus auf Mietzahlungen läge. Sie bitte ausdrücklich darum, dass im Nachgang durch Verwendungsnachweise die tatsächliche Notwendigkeit im Einzelfall geprüft werde.

Herr Gensler erläutert, dass es sich bei diesem Programm um außerplanmäßige Aufwendungen handele.

Im Antragsverfahren würde man sich glaubhafte Versicherungen über die jeweilige Lage und den Mietrückstand vorlegen und im Nachgang stichprobenartig entsprechend bescheinigen lassen.

Herr H. Thiel betont nochmals den Zusammenhalt der Neusser*innen und dass dieser Stärkungsfonds als eine Investition in die Stadt zu sehen sei.

Herr Sperling begrüßt das Förderprogramm ausdrücklich, zumal damit gerade kleine Unternehmen, die bisher aus dem Raster gefallen seien davon profitieren könnten. Allerdings dürften nach Ansicht seiner Fraktion nur diejenigen Gelder erhalten, die tatsächlich zahlungsunfähig seien. Es müsse zumutbar sein, einen Kredit aufzunehmen. Wenn dann im weiteren Verlauf eine Zahlungsunfähigkeit bestehe, könne das Programm in Anspruch genommen werden. Des Weiteren lege er Wert darauf, dass nur dort gezahlt würde, wo keine Gefahr bestehe, dass trotz und in Folge der Hilfe dennoch Insolvenz eintrete. Herr Sperling halte es gerade für nicht richtig, die Hilfe für Mieten einzusetzen.

Es sei rechtlich umstritten, dass in diesen Zeiten Mietzahlungen in voller Höhe gezahlt werden müssten. Man würde damit den Vermietern zu Geldern verhelfen, die ihnen nicht zuständen.

Herr Jansen bittet um einen kurzen Hinweis, wenn die 5 Millionen Euro Fördersumme aufgebraucht sei.

Herr Assmuth unterstützt die Anmerkungen von Herrn Sperling. Dieses Programm sei nicht innovativ und kreativ. Man unterstütze damit nur sehr einseitig bestimmte Gruppen der Bevölkerung.

Herr Fantini fragt nach, wie die Unternehmer über diesen Hilfsfonds Informationen erhielten. Herr Breuer erläutert dazu, dass über verschiedenste Kanäle das Programm publik gemacht werde und die Betroffenen davon erführen.

Herr C. Thiel ist der Auffassung, dass nicht alle Vermieter reich seien und schlägt vor, die Zahlungen direkt an diese zu leisten.

Frau Schäfer weist Bezugnehmend auf die Aussagen von Herrn Sperling auf das in der Vorlage ausdrücklich aufgeführte Rückforderungsrecht der Stadt hin.

Herr Klinkicht weit weiter darauf hin, dass unter Punkt 3 aufgeführt sei, dass ein Zuschuss lediglich gewährt werde, wenn ein Unternehmen vor dem 31.12.2019 wirtschaftlich gesund gewesen sei.

Herr Sperling erläutert nochmals seine Bedenken und hält an diesen fest.

Herr Breuer betont abschließend ausdrücklich, dass man Unternehmer, gerade kleine unterstützen und Arbeitsplätze sichern wolle.

Herr Gensler erläutert, dass er nicht von einem innovativen, sondern pragmatischen und umsetzbaren Programm gesprochen habe, was sich eng an den Programmen von Bund und Land orientiere.

Ein weiterer Hinweis sei noch, dass es sich um ein reich internetbasiertes Antragsverfahren handelt. Außerdem wäre wichtig für die Gewährung eine Fortführungsprognose der Unternehmen.

TOP 34 Erlass von Sondernutzungsgebühren im Rahmen des kommunalen Rettungsschirms

Beschluss

Abweichend zum Gebührentarif zur Satzung über Erlaubnis und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen der Stadt Neuss i.V.m. §§ 3, 8 Sondernutzungssatzung der Stadt Neuss wird auf Grund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die insbesondere Gastronomen und dem Einzelhandel durch die Corona-Krise entstehen, auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren im Jahr 2020 verzichtet.

Bereits entrichtete, ggf. überzahlte Gebühren sind zu erstatten

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgt zusammen mit TOP 49 Ziffer 2d) und TOP 51.

Diskussion

Herr Breuer weist darauf hin, dass hier der Antrag der SPD TOP 49, 2d) und der Antrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen Top 51 mitberaten werden sollte.

Er bietet im Hinblick auf die Anträge an, im nächsten Hauptausschuss weitere Gebührenbefreiungstatbestände inklusive der Folgen im Hinblick auf weitere Schritte aufzubereiten. Gerade auch in Bezug auf Schützenfeste etc. sei dies nicht so einfach, da auch Dritte betroffen seien.

Herr Schümann bittet um Erläuterungen, da er nicht verstehe, wo und wann auf Gebühren in Gänze verzichtet werde. Herr Breuer führt dazu aus.

Darauf stellt Herr Jansen den Antrag, den Verwaltungsaufwand für die Einzelfallprüfungen zu minimieren und in Gänze auf alle Gebühren zu verzichten.

Herr Breuer lässt über diesen weitergehenden Antrag abstimmen, der einstimmig angenommen wird. Auftrag an den HA, Aufbereitung der Tatbestände inkl. Folgen im Hinblick auf weitere Schritte.

TOP 35 Anpassung von Betriebszeiten für derzeit eingeschränkte Außengastronomie

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, Genehmigungen von Außengastronomie, die einer Ausschöpfung der maximalen Öffnungszeit nach dem Landesimmissionsschutzgesetz NRW entgegenstehen, auf

Antrag schnellstmöglich und unbürokratisch abzuändern, soweit dies erforderlich und rechtlich zulässig ist.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Diskussion

Herr H. Thiel stellt den Ergänzungsantrag, in diesem Zusammenhang auch zu prüfen, ob die Außenflächen der Gastronomiebetriebe sowohl in der Innenstadt als auch in den Außenbereichen erweitert werden können, um die Einnahmeausfälle zu kompensieren.

Herr Breuer sagt zu, auch dies prüfen zu lassen und entsprechend zu berichten.

TOP 36 Elternbeiträge Kita, Kindertagespflege und OGS für den Monat Mai 2020

Beschluss

Die Erhebung der Elternbeiträge auf Basis der Satzungen der Stadt Neuss für die Inanspruchnahme der Betreuung in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und die Angebote der Offenen Ganztagschule (OGS) wird im und für den Zeitraum vom 01. bis 31. Mai 2020 ausgesetzt. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Notbetreuung in Anspruch genommen wird.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung:

Die Beratung erfolgt zusammen mit dem TOP 49 Ziffer 2c) und TOP 57

1. Antrag der SPD – vollständiger Verzicht bis August 2020
mehrheitlich abgelehnt
46 Nein (27 CDU, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2 UWG/GO Neuss, 2 AfD)
19 Ja (SPD, 1 fraktionslos)
2 Enthaltungen (1 fraktionslos, BM)
2. Verwaltungsvorlage – Verzicht auf Beiträge im Mai
einstimmig zugestimmt
3. Antrag der CDU/Bündnis 90/Die Grünen – vorläufige Aussetzung der Einziehung der Beiträge mit dem Zusatz, entsprechende Verhandlungen mit dem Land zu führen
einstimmig zugestimmt)

Diskussion

Herr Breuer bezieht hierunter die Anträge unter TOP 49 Ziffer 2 c) und Top 57 mit ein. Im Wege der Dringlichkeit habe man auf die Beiträge für April bereits verzichtet und verwaltungsintern die Einziehung für Mai ausgesetzt. Heute stünde die Entscheidung für einen möglichen Verzicht für Mai an. Der Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ginge weiter; nämlich die Einziehung der Beiträge bis August auszusetzen. Dies würde eine spätere Entscheidung mit sich bringen. Das wäre der Vorschlag, den die Verwaltung befürworten würde. Alternativ könne man dem Antrag der SPD folgen, die bereits jetzt auf die Beiträge in Gänze verzichten wolle.

Die finanziellen Auswirkungen sähen derzeit so aus, dass es für April und Mai eine hälftige Kostenzusage durch das Land gäbe. Weitergehende Aussagen lägen keine vor.

Herr Kaumanns ist der Auffassung, dass man sich in der Sache weitest gehend einig wäre. Die Eltern sollten solange keine Beiträge zahlen müssen, wie keine Betreuung stattfände. Er werbe für seinen Antrag auf Aufsetzung, da noch nicht klar sei, ob das Land sich weiter an den Kosten beteilige. Bei einem generellen Verzicht sehe er keine Beteiligung durch das Land.

Frau Föhr weist darauf hin, dass die Kitabeiträge ab 01.08. in Neuss eh nicht mehr erhoben werden würden und es ein deutliches Signal in Richtung stark belasteter Eltern wäre, direkt auf die Beiträge zu verzichten. Es wäre sehr unwahrscheinlich, dass bis August kein geregelter Betrieb aufgenommen werden würde.

Frau Benary unterstützt den Wortbeitrag von Herrn Kaumanns und hält aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Stadt die vorläufige Aussetzung für sinnvoller.

Frau Stroeks betont nochmals, dass man nicht leichtfertig Geld ausgeben wolle, sondern den sehr stark belasteten Eltern die Sicherheit geben wolle, keine Beiträge mehr zahlen zu müssen.

Herr Jansen berichtet von Aussagen des Familienministers in der heutigen Presse, dass dieser nicht davon ausgehe, dass bis September kein geregelter Betrieb möglich sei. Unter diesen Vorzeichen könne man direkt auf alle Beiträge verzichten.

Herr Czesla betont, dass er der Stadt nicht die Chance nehmen wolle, die hälftigen Beiträge von Landesseite erstattet zu bekommen, weil es durch den Verzicht keine Rechtsgrundlage mehr gebe.

Herr Breuer lässt zunächst über den Antrag der SPD abstimmen, der mit den Ja-Stimmen der SPD abgelehnt wird.

Danach wird die Verwaltungsvorlage über den Beitragsverzicht für den Monat Mai abgestimmt und im Anschluss der Antrag der CDU/Bündnis 90/ Die Grünen.

TOP 37 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

TOP 37.1 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 295 betr. Bebauungsplan 458 - Vogelsang, Gewerbegebiet Bataverstraße: Realisierung des zweiten Bauabschnittes bis zur Stadtgrenze Meerbusch (Straßenbau, Beleuchtung) -Planvorlage, Ausbauprogramm-

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:
Nr. 295 vom 20.03.2020

betr. Bebauungsplan 458 – Vogelsang, Gewerbegebiet Bataverstraße: Realisierung des zweiten Bauabschnittes bis zur Stadtgrenze Meerbusch

(Straßenbau, Beleuchtung)

-Planvorlage, Ausbauprogramm-

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 37.2 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 296 betr.
Nordkanalallee: Schaffung einer neuen Zufahrt in das Bebauungsplangebiet BPL
484 (Augustinusviertel, ehemaliges St.-Alexius-Krankenhaus)
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:

Nr. 296 vom 20.03.2020

betr. Nordkanalallee: Schaffung einer neuen Zufahrt in das Bebauungsplangebiet BPL 484 (Augusti-
nusviertel, ehemaliges St.-Alexius-Krankenhaus)

(Straßenbau, Beleuchtung)

-Planvorlage, Ausbauprogramm

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 37.3 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr 297 betr.
Kölner Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Dunantstraße" (Fahrtrich-
tung stadtauswärts)
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:

Nr. 297 vom 20.03.2020

betr. Kölner Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle „Dunantstraße“ (Fahrtrichtung stadt-
auswärts)

(Straßenbau, Beleuchtung)

-Planvorlage, Ausbauprogramm-

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

64 Ja (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2 AfD, 2 fraktionslos)

2 Nein (UWG/GO Neuss)

**TOP 37.4 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 298 betr.
Nachrüstung vorhandener Bushaltestellen mit taktilen Elementen (1. Maßnahmen-
paket für das Förderprogramm 2021)
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-**

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:
Nr. 298 vom 20.03.2020
betr. Nachrüstung vorhandener Bushaltestellen mit taktilen Elementen (1. Maßnahmenpaket für das
Förderprogramm 2021)
(Straßenbau, Beleuchtung)
-Planvorlage, Ausbauprogramm-

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

**TOP 37.5 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 299 betr.: Lärmaktionsplan der
stadt Neuss**

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW
genehmigt:

Nr. 299 vom 20.03.2020
Betr.: Lärmaktionsplan

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.6 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 300 betr.: Zweckgebundener Zuschuss für die "Neusser Eine-Welt-Initiative" (NEWI) für das Jahr 2020

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:

Nr. 300 vom 20.03.2020

Betr. Zweckgebundener Zuschuss für die „Neusser Eine-Welt-Initiative“ (NEWI) für das Jahr 2020

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.7 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 294 betr. Einsatz von Bioziden zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:

Nr. 294 vom 20.03.2020

Betr.: Einsatz von Bioziden zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

58 Ja (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 3 Die Linke, 2 AfD, 1 fraktionslos)

8 Nein (5 FDP, 2 UWG/GO Neuss, 1 fraktionslos)

TOP 37.8 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 301 - Zweckgebundener Zuschuss für die "neuss-agenda 21 e.V." für das Jahr 2020

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt.

Nr. 301 vom 20.03.2020

Betr.: Zweckgebundener Zuschuss für die „neuss-agenda 21 e.V.“ für das Jahr 2020

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.9 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 302 betr. Spielraumplanung: Grundsatzbeschluss Kinderspielplatzprogramm 2020/21

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:
Nr. 302 vom 20.03.2020
Betr.: Spielraumplanung: Grundsatzbeschluss Kinderspielplatzprogramm 2020/21

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.10 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 292 betr.: Vorgeschlagene Änderungen der Satzung Elternbeiträge für Angebote der offenen Ganztagsgrundschule

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt: **Nr: 292 vom 20.03.2020.**
Betr. Vorgeschlagene Änderungen der Satzung Elternbeiträge für Angebote der offenen Ganztagsgrundschule.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.11 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 293 betr.: Kooperationsvereinbarung Kolping-Bildungswerk

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt: **Nr. 293 vom 20.03.2020**.
Betr.: Kooperationsvereinbarung Kolping-Bildungswerk.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.12 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 304 - Bebauungsplan Nr. 499 – Barbaraviertel, Bockholtstraße/Leuschstraße (Gewerbe- und Industriegebiet) - Aufstellungsbeschluss

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt: **Nr. 304 vom 20.03.2020** - Bebauungsplan Nr. 499 – Barbaraviertel, Bockholtstraße/Leuschstraße (Gewerbe- und Industriegebiet) - Aufstellungsbeschluss

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.13 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 305 - Bebauungsplan Nr. 500 – Hammfeld II, Hammer Landstraße/Derendorfweg - Aufstellungsbeschluss

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt: **Nr. 305 vom 20.03.2020** Dringlichkeitsentscheidung Nr. 305 - Bebauungsplan Nr. 500 – Hammfeld II, Hammer Landstraße/Derendorfweg - Aufstellungsbeschluss

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.14 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 306 - Bebauungsplan Nr. 501 - Norf, Nievenheimer Straße (Kita) - Aufstellungsbeschluss

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:
Nr. 306 vom 20.03.2020 - Bebauungsplan Nr. 501 - Norf, Nievenheimer Straße (Kita) - Aufstellungsbeschluss

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.15 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 307 - Bebauungsplan Nr. 484 – Augustinusviertel, Ehemaliges St.-Alexius-Krankenhaus - Auslegungsbeschluss

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:
Nr. 307 vom 20.03.2020 - Bebauungsplan Nr. 484 – Augustinusviertel, Ehemaliges St.-Alexius-Krankenhaus - Auslegungsbeschluss

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.16 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 308 - Stadtmauerkonzept und Umsetzung erster Maßnahmen

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:
Nr. 308 vom 20.03.2020 - Stadtmauerkonzept und Umsetzung erster Maßnahmen

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.17 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 309 - Erneuerung Beleuchtungsanlagen am Wierstraetweg zwischen Niedertor und Alte Post

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:
Nr. 309 vom 20.03.2020 - Erneuerung Beleuchtungsanlagen am Wierstraetweg zwischen Niedertor und Alte Post

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.18 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 310 - Tag der nachhaltigen Mobilität am 20.06.2020 - Durchführung und Finanzierung

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt: **Nr. 310 vom 20.03.2020** - Tag der nachhaltigen Mobilität am 20.06.2020 - Durchführung und Finanzierung

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

TOP 37.19 **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 313 - 1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 37 für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 487 - Barbaraviertel, Düsseldorfer Straße / Bockholtstraße / Leuschstraße (ehemaliges Pierburgareal)**

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:

Nr. 313 vom 20.03.2020

Betr.: 1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 37 für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 487 - Barbaraviertel, Düsseldorfer Straße / Bockholtstraße / Leuschstraße (ehemaliges Pierburgareal)

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

Ja (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 2 UWG/GO Neuss, 2 AfD, 2 fraktionslos)

2 Nein (Die Linke)

1 Enthaltung (Die Linke)

TOP 37.20 **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 320 betr. Betreuungsbeiträge**

Beschluss

Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 GO NRW genehmigt:

Nr. 320 vom 03.04.2020

Betr.: Betreuungsbeiträge

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Anträge

TOP 38 Antrag der SPD-Fraktion betr. Flächendeckend Bezirksausschüsse einrichten

Beschluss

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in die AG Zuständigkeitsordnung und Bürgerbeteiligung verwiesen:

Die AG Zuständigkeit empfiehlt dem Stadtrat, den nachfolgenden Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die flächendeckende Einführung von Bezirksausschüssen (BZA) unter Berücksichtigung der neuen Wahlkreisgrenzen für die konstituierende Sitzung des Rates am 6. November 2020 vorzubereiten und dem Rat dort eine entsprechende Beschlussfassung vorzuschlagen. Hierbei soll auch ein Vorschlag erfolgen, wie und in welchem Umfang gem. § 39 Abs. 3 Satz 3 GO NRW den BZAs die erforderlichen Haushaltsmittel für ihre Arbeit bereitgestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig verwiesen

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit Top 8 und 10.

TOP 39 Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr. Änderung der Geschäftsordnung des Rates

Beschluss

§ 7 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Neuss wird ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Diskussion

Herr Breuer weist darauf hin, dass im Ältestenrat besprochen wurde, dass der Anregung gefolgt werde und zur nächsten Ratsperiode eine überarbeitete Geschäftsordnung unter Einbeziehung der Muster der kommunalen Spitzenverbände erarbeitet werde.

TOP 40 Antrag der FDP-Fraktion betr.: Konzept und Strategieentwicklung zur langfristigen Reduzierung der Personalkosten im Zeitrahmen 2020-2030

Beschluss

Der nachfolgende Antrag wird zu Beratung in die nächste Sitzung des Rates verwiesen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen:

1. Wie kann auf der Basis der dargestellten Analyse der Fluktuationsentwicklung der nächsten Dekade eine Reduzierung der Personalkosten langfristig dargestellt werden.
2. Welche möglichen Einsparpotentiale sind unter Berücksichtigung der absehbaren Entwicklungen (Digitalisierung von Verwaltungsabläufen / Reorganisation von Prozessen) zu realisieren?
3. Ob und welche Auswirkungen eine Reduzierung der Stellenbesetzung auf Grund der Fluktuation um 20-30% zu erwarten sind und die entsprechende Begründung hierzu.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig verwiesen

Diskussion

Herr Breuer erläutert, dass der Antrag in die Juni-Sitzung des Rates vertagt werde und der Antragsteller sich damit einverstanden erklärt habe.

TOP 41 Antrag der FDP-Fraktion betr. Wider die unreflektierten und vornehmlich affektiv begründeten Anträge, die RWE-Aktien der Stadt abzustoßen - Transformationsprozess des Energiekonzerns rechtfertigt ein Festhalten an den RWE-Aktien

Beschluss

Wider die unreflektierten und vornehmlich affektiv begründeten Anträge, die RWE-Aktien der Stadt abzustoßen - Transformationsprozess des Energiekonzerns rechtfertigt ein Festhalten an den RWE-Aktien

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte unter TOP 30.

TOP 42 Antrag der Stadtratsfraktion UWG/Freie Wähler Neuss - GO-Neuss betr. Sportförderrichtlinien der Stadt Neuss / Fristverlängerung für die Antragstellung

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Jahr 2020 eine Fristverlängerung zur Abgabe der Anträge zur Sportförderung für folgende Zuwendungen zu prüfen und möglichst umzusetzen:

1. **Nr. 2.2.1** der Sportförderrichtlinien (Neubau, Ausbau und Modernisierung von vereinseigenen Sportstätten)
2. **Nr. 9** der Sportförderrichtlinien (Förderung von Projekten)

Diskussion

Herr Breuer weist darauf hin, dass sich der Antrag bereits erledigt habe.

TOP 43 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Aufwertung Stadtgarten

Beschluss

Aufgrund der als Tischvorlage ausgelegten Beantwortung erfolgte keine Abstimmung über den nachfolgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur beschlossenen aber noch nicht begonnen Aufwertung des Stadtgartens schriftlich Stellung zu nehmen und dabei folgende Fragen zu beantworten:

- 1.) Welche Ergebnisse hat die Bestandsaufnahme zur Erfassung des Aufwands der Wegesanierung ergeben? Welche Kosten werden anfallen? Welcher Anteil von den im Jahr 2019 zur Verfügung stehenden 35.000 Euro wurde bereits ausgegeben? In welchem Status befinden sich noch nicht abgeschlossene Projekte (bitte HOAI-Leistungsphase angeben)?
- 2.) Warum wurden noch keine neuen Müllbehälter aufgestellt? Wann werden diese

- aufgestellt?
- 3.) Warum wurden noch keine neuen Laternen installiert, obwohl zum Jahreswechsel 2019/2020 damit begonnen werden sollte? Wann wird die Beleuchtung modernisiert?
 - 4.) Welche geeigneten Maßnahmen hat die Stadt ergriffen, um das Parken auf den Grünflächen des Stadtgartens zu unterbinden?

Diskussion

Herr Breuer verweist auf die als Antwort vorgelegte Tischvorlage.

TOP 44 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Planungsstand Feuerwache Süd

Beschluss

Aufgrund der als Tischvorlage ausgelegten Beantwortung erfolgte keine Abstimmung über den nachfolgenden Antrag:

Die Koalitionsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten Sie, den Stand der Planung für den Neubau der Feuerwache Süd im Rahmen einer Mitteilung der Verwaltung in der Sitzung des Rates der Stadt Neuss am 20.03.2020 schriftlich zu erläutern:

Planungsstand Feuerwache Süd

Bestandteile der Mitteilung sollen in jedem Fall sein:

1. Der Status Quo der Planung für den Neubau der Feuerwache Süd.
2. Welche Planungsschritte seit der Mitteilung RAT 44-2018 vom 20.04.2018 und der Berichterstattung vom 06.06.2019 erfolgt sind und zu welchen Verzögerungen es seitdem gekommen ist.
3. Der aktuelle Zeitplan.
4. Für welche Arbeiten die für 2020 veranschlagten 475.000 € Kosten aufgebracht werden.
5. Ob die Verwaltung eine Teilnahme am Sonderaufruf „Feuerwehrhäuser in Dörfern 2021“ geprüft hat, um eine mögliche Förderung des Neubaus in Höhe bis zu 250.000 € realisieren zu können.

Diskussion

Herr Breuer verweist auf die als Antwort vorgelegte Tischvorlage.

Herr Baum fragt sich, wie es immer wieder zu neuen Verzögerungen kommen können und nimmt die Erläuterungen sehr kritisch zur Kenntnis.

TOP 45 Antrag der SPD-Fraktion betr. Lehren aus der Corona-Krise für die Schullandschaft ziehen – Einrichtung eines „Runden Tisches“

Beschluss

Der nachfolgende Antrag wird zur weiteren Beratung in den Schulausschuss und in einen Runden Tisch verwiesen:

1. Die Stadt Neuss wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Stadtelternrat und den Fraktionen im Neusser Stadtrat einen „Runden Tisch“ einzuberufen, um einen Erfahrungsaustausch zu den Erkenntnissen und möglichen Handlungsempfehlungen aus der Corona-Krise ermöglichen zu können.
2. Die Einberufung des „Runden Tisches“ soll nach Möglichkeit zeitnah – unter Beachtung der von der Bundes- und den Landesregierungen festgelegten Hygienevorgaben – erfolgen. In Abstimmung mit dem Stadtelternrat und den im Rat der Stadt Neuss vertretenen Fraktionen könnte der „Runde Tisch“ notfalls auch als Videokonferenz einberufen werden.
3. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des „Runden Tisches“ sollen anschließend im Schulausschuss als zuständigen Fachausschuss beraten werden.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig verwiesen

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 46 und 52.

Diskussion

Herr Breuer bittet um Verständigung, sowohl den hier vorliegenden Antrag, die beiden Anträge unter Top 46 und 52 als auch die Ergänzungsanträge zur weiteren fachlichen Beratung sowohl in den zuständigen Schulausschuss als auch in einen Runden Tisch mit Fachvertretern zu verweisen.

Die Antragsteller Herr Hildebrandt und Herr Bodewig sind mit einer Verweisung in einen Runden Tisch einverstanden.

Herr Bodewig bittet ausdrücklich darum, zeitnah zu Ergebnissen zu kommen.

Frau Wellens macht darauf aufmerksam, dass es Kinder gäbe, denen kein Endgerät für die Teilnahme am Homeschooling zur Verfügung stände. Wenn sichergestellt werde, dass diesen Kindern ein Gerät zur Verfügung gestellt werde, würde auch sie sich mit der Verweisung und weiteren Beratung einverstanden erklären.

Herr Breuer sagt dies zu. Seit heute gäbe es nach anfänglichen versicherungstechnischen Schwierigkeiten die Möglichkeit, Leihgeräte durch die Schulen allen betroffenen Kindern zur Verfügung zu stellen. Grundsätzliche Fragen müssten nun im nächsten Schritt im Dialog besprochen und geklärt werden. Derzeit läge das Verhältnis bei der Ausstattung mit Endgeräten bei 5:1. Die noch nicht abgerufenen Mittel in Höhe von 4,6 Millionen Euro aus dem Digitalpakt müssten zeitnah und sinnvoll abgerufen werden.

Frau Hohmann verweist dazu auf den Ergänzungsantrag der SPD und wie wichtig es sei, jedes

Kind alsbald auszustatten.

Herr Hoff berichtet von einem Angebot der Organisation Lapdu, die sich bereit erklärt habe, die Stadt Neuss mit Geräten zu unterstützen.

TOP 46 Antrag der FDP-Fraktion betr. Aufbau der IT-Infrastruktur zur Virtualisierung des Schulunterrichts in Zeiten der Pandemie und danach

Beschluss

Der nachfolgende Antrag wird zur weiteren Beratung in den Schulausschuss und in einen Runden Tisch verwiesen:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. eine IT-Infrastruktur für ihre Schulen aufzubauen, die, unabhängig vom Standort der Schüler, Unterricht in einer virtuellen Umgebung ermöglicht und damit nicht nur den entscheidenden Schritt zum digitalen Lernen, sondern auch zur Vorbereitung auf Situationen dient, in denen erneut Einschränkungen festgelegt werden, wie sie durch die aktuelle Pandemie ausgelöst wurde,
2. die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Nutzung privater Endgeräte als Recherche-Werkzeug im Unterricht oder die Einbindung neuer Technologien bzw. neuer Endgeräte, wie bspw. Raspberry PI, für Programmierarbeiten zu ermöglichen,
3. für Lehrer und Schüler ein Schulungsprogramm zu entwickeln, damit sie technisch und didaktisch in die Lage versetzt werden, von zuhause oder beliebigen Lernorten aus am Unterricht teilzunehmen bzw. diesen gestalten zu können. Dabei muss auch die Möglichkeit einer Leistungsprüfung oder einer Klassenarbeit berücksichtigt werden,
4. in der letzten Sitzung des Rates vor der Sommerpause 2020 ein Grobkonzept zur Gestaltung der technischen Infrastruktur und dem dazu gehörigen Schulungskonzept zu präsentieren.

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit dem TOP 52 bei TOP 45t

TOP 47 Antrag der FDP-Fraktion betr. Erweiterung des digitalen Bürgerservices

Beschluss

Der nachfolgenden Antrag wird zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss verwiesen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen „Stadt Neuss Pass“ für den Zugang zu digitalen städtischen Diensten zu entwickeln, der über eine eigene App, die „Stadt Neuss App“, aktiviert werden kann.

Diskussion

Herr Breuer sagt zu, diesen Antrag sowie den unter Top 48 im Hauptausschuss erneut aufzurufen und dort zu diskutieren und verwaltungsseitig aufzubereiten.

Herr Bodewig erklärt sein Einverständnis

TOP 48 Antrag der FDP-Fraktion betr. Einrichtung eines virtualisierten Bürgerservices

Beschluss

Der nachfolgende Antrag wird zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss verwiesen:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. die technischen Voraussetzungen zu schaffen, um innerhalb der Verwaltung den Einsatz von Video-Konferenzen im Kontakt mit Bürgern offensiv anbieten zu können.
2. die funktionsfähige Umsetzung des videogestützten Bürgerservices anhand eines Beispiellamtes in der ersten Sitzung des Rates nach der Sommerpause darzustellen.
3. die Fördermöglichkeiten der Investitionen bei der Ausweitung des Projekts auf die gesamte Verwaltung als Standardservice zu eruieren und darzustellen.
4. einen technischen Standard zu entwickeln um den videogestützten Bürgerservice auch als unterstützendes und begleitendes Kommunikationsinstrument einer modernen Verwaltung in anderen Bereichen (bspw. Seniorenheimen, Kindergärten, Grundschulen usw.) einsetzen zu können.

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte unter TOP 47.

TOP 49 Antrag der SPD-Fraktion betr. Corona-Schutzschirm: Mit dem „Neu(ss)Start“ die Herausforderungen der Krise meistern

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen „Corona-Schutzschirm“ zu entwickeln, mit dem die lokale Neusser Wirtschaft und Beschäftigung sowie die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft in Kultur, Brauchtum, Sport, Freizeit und sozialen Einrichtungen zielgerichtet weiter unterstützt werden soll. Ein Bestandteil des „Corona-Schutzschirms“ soll ein kommunales Konjunktur- und Investitionsprogramm sein, um die heimischen kleinen und mittelständischen Unternehmen mit ihren Beschäftigten zu fördern und damit zu deren Existenzsicherung beizutragen.
2. Bei der Erstellung des „Corona-Schutzschirms“ soll unter anderem eine Umsetzung der folgenden Maßnahmen geprüft werden:
 - a) Die Verwaltung, die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und die städtischen Beteiligungen der Stadt Neuss sollen ihre Bau- und Investitionstätigkeiten zeitnah soweit wie möglich steigern, um die örtliche Bau- und Handwerksbranche mit zusätzlichen Aufträgen versehen zu können. Hierzu sollen auch Maßnahmen, die bislang erst für spätere Jahre vorgesehen waren, gegebenenfalls auch unter Einbeziehungen von externen Dienstleistern (soweit vergaberechtlich möglich aus Neuss) zeitlich vorgezogen werden.
 - b) Ein Bestandteil des „Corona-Schutzschirms“ soll ein städtischer „Solidarfonds“ sein, um lokale mittelständische Unternehmen, Freiberufler, Kulturschaffende, Vereine und Verbände sowie weitere Personengruppen unbürokratisch finanziell unterstützen zu können, die bislang oder in Zukunft keine entsprechenden Förderprogramme von Bund und Land nutzen können. Seitens der Stadt wird der Solidarfonds im ersten Schritt mit fünf Prozent der Einnahmen aus der Gewerbesteuer 2019 (entspricht rund 8,5 Millionen Euro) bestückt. Diese Fördersumme wird als coronabedingter Mehraufwand vom „Sondervermögen Corona“ getragen.
 - c) Um die Familien in Neuss bei der Kinderbetreuung im Rahmen der coronabedingten Schließungen von Kitas etc. unterstützen zu können, wird geprüft, die zum 01.08.2020 geplante Abschaffung der Gebühren für die Ü3-Kinderbetreuung (Kita und Kindertagespflege) rückwirkend zum 01.05.2020 vorzuziehen. Etwaige Landesmittel für den Ausfall der Elternbeiträge, die analog zur Regelung für den Monat April zur Verfügung gestellt werden, sind zur Reduzierung der städtischen Belastung einzubeziehen; der Einnahmefall wird ebenfalls im „Sondervermögen Corona“ verbucht.
 - d) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche weiteren Gebühren und Beiträge vorübergehend nicht erhoben werden können (Beispiel: Terrassengebühren für Gaststätten), um die Wirtschaft, die Beschäftigung und die Stadtgesellschaft bei der Bewältigung der Corona-Krise zu unterstützen. Auch diese etwaigen Einnahmefälle sind im Sondervermögen zu verbuchen.
 - e) Die Verwaltung richtet einen „Sicher-Wohnen-Fonds“ ein, um Mieterinnen und Mieter, aber auch Vermieter/innen von Wohnraum, in einer schwierigen Situation unterstützen zu können. Dieser Fonds soll Mietern bei pandemiebedingten Zahlungsrückständen ein zinsloses Darlehen gewähren, um die laufende Mietzahlung sicherzustellen und Kündigungstatbestände erst gar nicht entstehen zu lassen. Sollte der Mieter zur Rückzahlung bis zum 30. Juni 2022 außerstande sein, kann bei Nachweis einer Bedürftigkeit die Umwandlung des verbliebenen Darlehensanteils in einen Zuschuss erfolgen. Um wirklich effektiv vor finanziellen Schiefagen zu schützen, soll der Fonds schnell auszahlen und die notwendigen Prüfungen der Ansprüche auf Sozialleistungen nachgelagert vornehmen.
 - f) Die Kuratorien der Stiftungen in Neuss (bspw. die Stiftungen der Sparkasse Neuss) werden gebeten, angesichts der Auswirkungen der Corona-Krise die Vereine und Verbände, die Kulturszene und soziale

Einrichtungen nach Möglichkeit finanziell zu unterstützen und auch eine Erhöhung des Ausschüttungsvolumens für die Jahre 2020 und 2021 zu prüfen.

- g) Innerhalb der Verwaltung soll eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle eingerichtet werden, um Neusser Privatpersonen, Familienunternehmen oder weiteren Akteuren die Möglichkeit zu eröffnen, den Solidarfonds durch Spenden oder weitere Zuwendungen zielgerichtet fördern zu können und somit einen freiwilligen Beitrag zum Erhalt der Vielfalt der Neusser Stadtgesellschaft leisten zu können.

Abstimmungsergebnisse

Ziffer 1 des Antrages der SPD

einstimmig zugestimmt

Ergänzung der CDU/Bündnis 90/Die Grünen:

Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe einschließlich Besetzung und zur Zuarbeit des Hauptausschusses

Herr Breuer lässt hierüber abstimmen. Außer den Fraktionen von CDU und Den Grünen lehnen die Fraktionen einen AK ab. Herr Breuer macht darauf aufmerksam, dass ein AK ohne Zustimmung keinen Sinn mache.

Herr Klinkicht findet es bedauerlich, aber wenn dies der Wille sei, mache eine Einrichtung keinen Sinn.

Herr Breuer erläutert, dass nach Beratungen im Hauptausschuss möglicherweise zu einzelnen Themen ein AK sinnvoll wäre.

Ziffer 2a)

Einstimmig zugestimmt

Ziffer 2b) – 2d) sind zurückgezogen

Ziffer 2e) sowie der Änderungsantrag der CDU h

Einstimmig zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss verwiesen mit der Zusage, das Thema verwaltungsseitig aufzubereiten.

Ziffer 2f) wird nach Ausführungen von Herrn Breuer zurückgezogen.

Herr Breuer weist hierbei darauf hin, dass die Sitzungen der Stiftungen anstehen und bei der Jubiläumstiftung ein Hilfsfonds für Künstler*innen auf der Tagesordnung stehe. Er sei somit der Bitte der SPD bereits nachgekommen.

Ziffer 2g)

Einstimmig zu weiteren Beratung in den Hauptausschuss verwiesen

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 34, 36 und 51 und dem Ergänzungsantrag der CDU/Bündnis90/Die Grünen.

Diskussion

Herr Jansen geht die einzelnen Unterpunkte durch:

Ziffer 2a) werde aufrechterhalten:

Die Verwaltung möge ihre Bau- und Investitionstätigkeiten steigern.

Ziffer 2b) sei durch den Beschluss zum Standortstärkungsfonds erledigt und er ziehe den Punkt zurück.

Ziffer 2c) sei ebenfalls durch den Beschluss zum Aussetzen bzw. Verzicht der Beiträge erledigt und werde ebenfalls zurückgezogen.
Ziffer 2d) beinhalte die Prüfung und Nichterhebung von Gebühren, die durch den Verzicht auf die Terrassengebühren und die Zusage von weiteren Prüfungen ebenfalls als erledigt betrachtet werden könnte. Daher werde auch dieser Punkt zurückgezogen.
Ziffer 2e) bis 2g) werden weiter aufrechterhalten und sollen zur Abstimmung gestellt werden.
Herr Schümann erläutert, dass man den Antrag der SPD nicht pauschal bewerten könne, sondern sich mit den einzelnen Punkten beschäftigen müsse. Man wolle zielgerichtete Hilfen anbieten und diese müssten auch politisch beraten werden. Daher stütze sich sein Antrag im Kern auf die Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe. Dort sollten Hilfen bewertet und geprüft werden.
Herr Jansen erläutert, dass sich das Interesse nach weiteren Arbeitskreisen (AK) bei seiner Fraktion sehr in Grenzen hielte. Er sei der Auffassung, mit entsprechender Vorbereitung könne eine Beratung im Hauptausschuss ausreichend und machbar sein.
Herr Klinkicht hält einen AK für sinnvoll, da doch vielfältige Themen angesprochen seien. Dies würde den Rahmen der Beratungen im Hauptausschusses sprengen.
Frau Olpen bekräftigt dies und hält einen AK, der flexibel und schnell auf die derzeit sich laufend ändernden Situationen und Verordnungen reagieren könne, für das bessere Mittel.

Da sich keine Einigung abzeichnet, lässt Herr Breuer über die einzelnen Punkte abstimmen.

TOP 50 Antrag der AfD-Fraktion betr. Beendigung Corona-Shutdown

Beschluss

Wir stellen den Antrag, dass der Bürgermeister, die Stadt und der Rat der Stadt Neuss den Corona-Shutdown beenden und sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für dessen Beendigung bei Bund und Land einsetzen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja (AfD)

64 Nein (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2 UWG/GO Neuss, 2 fraktionslos))

Diskussion

Herr Breuer erläutert einleitend, dass er diesen Antrag beanstanden müsste, wenn darüber entschieden würde. Der Beschluss falle nicht in die Verbandskompetenz der Kommune.

Herr Kranefuss erläutert seinen Antrag.

TOP 51 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Gastronomen und Schausteller entlasten

Beschluss

Der nachfolgende Antrag wird zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss verwiesen:

1. Der Rat der Stadt Neuss beschließt, folgende Gebühren nach der „Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzung an öffentlichen Straßen und Plätzen“ grundsätzlich nicht zu erheben:
 4. Aufstellungen von Tischen, Stühlen und anderen Sitzgelegenheiten
 8. Getränke- und Imbissstände anlässlich von Schützenfesten, Karneval und Straßenveranstaltungen ähnlicher Art
 9. Anlässlich von Volksfesten u. a. Veranstaltungen aufgestellte Schaustellereinrichtungen
2. Die Nichterhebung ist befristet auf den 31.12.2020
3. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, zu berichten, ob aus ihrer Sicht weitere Möglichkeiten bestehen auch über 2020 hinaus, die Gastronomie und das Schaustellergewerbe zu entlasten bzw. zu fördern.
Hier ist u.a. der „Entgelttarif der Stadt Neuss für die Märkte und Kirmesse“ zu bewerten.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig verwiesen

Diskussion

Herr Breuer sagt zu, den Antrag für den Hauptausschuss aufbereiten zu lassen und dort zu beraten.

TOP 52 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Digitalisierung in Neusser Schulen vorantreiben

Beschluss

Der nachfolgende Antrag wird zur weiteren Beratung in den Schulausschuss und in einen Runden Tisch verwiesen:

4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Neusser Schulen, Lehrern, Eltern und Schülern sowie den Fraktionen z. B. unter Schirmherrschaft des Neusser Stadtelterrates in einen engen Dialog über die in den letzten Wochen gemachten Erfahrungen zum Stand der Digitalisierung in Neusser Schulen zu treten.
5. Die dabei vorgebrachten Anregungen, die in den Verantwortungsbereich der Stadt Neuss fallen sind aufbereitet dem Schulausschuss zur Beratung vorzulegen.

6. Unabhängig davon ist im nächsten Schulausschuss über die Erfahrungen und gezogenen Schlüsse der Verwaltung hinsichtlich des Standes der Digitalisierung unserer Schulen zu berichten, wie die Digitalisierung über die bisherigen Pläne (kurzfristig) beschleunigt werden kann.

Hierzu sind auch folgende Vorschläge zu berücksichtigen:

a.) Ausbau der digitalen Infrastruktur (Hardware und Software)

Die Investitionen für die digitale Infrastruktur (Hardware und Software) müssen erhöht werden. Dazu gehören insbesondere mobile Endgeräte, Konferenzsysteme und eine Lernplattform, die sowohl das digitale Lernen unterstützt und fördert als auch als Kommunikationsmittel mit Schülern und Eltern bereitsteht.

b.) Personal für Bereitstellung, Wartung etc.

Die Bereitstellung und Wartung von Technik ist nicht Aufgabe der Lehrerinnen/Lehrer und muss von dafür qualifizierten Fachkräften z.B. bei der ITK Rheinland mit den erforderlichen Zeitressourcen sichergestellt werden.

c.) Schulungen, Fortbildungen und Austausch verstärken

Schulungen und Fortbildungen müssen ausgebaut werden, der Austausch in einem dauerhaften Arbeitskreis (Schulträger, Lehrer, Schüler, Eltern, Politik) muss etabliert werden, Vorträge und Workshops zu innovativen Themen müssen regelmäßig durchgeführt werden.

d.) Transparenz zwischen den Schulen ermöglichen und dadurch motivieren

Die Ausstattung von Schulen muss transparent gemacht werden, dadurch werden Vergleiche möglich. Diese sollen zu einer Qualitätssteigerung und gleichen Bedingungen führen.

e.) Exzellenzprojekte fördern und dadurch Best Practice generieren

Es sollen finanzielle Mittel für Experimente oder innovative Ideen bereitgestellt werden, etwa durch Auslobung eines Wettbewerbs/Preis oder durch eine spezielle Förderung für Leuchtturmprojekte.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig verwiesen

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit dem TOP 46 bei TOP 45.

TOP 53 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Neuss bleibt soziale Großstadt

Beschluss

Der Rat der Stadt Neuss möge folgende Resolution beschließen:

Neuss ist eine soziale Großstadt, die vom Engagement im Sozial-, Jugend-, Kultur- und Sportwesen lebt. Die Vereine, Verbände und Träger leisten gerade in diesen Tagen und Wochen der Krise Außergewöhnliches. Die Stadt ist ihnen zu Dank, Anerkennung und Wertschätzung verpflichtet.

Viele Träger stellen sich die Frage, ob und in welchem Umfang die Stadt ihre Zuschüsse weiterhin zahlt, auch wenn die damit bezweckten Leistungen der Träger durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht oder anders als vereinbart erbracht werden. Das gilt insbesondere im Bereich der sogenannten „freiwilligen Leistungen“, bei denen Zuschüsse nicht auf Vorschriften oder Verträgen beruhen.

Der Rat der Stadt Neuss ist gewillt, das Risiko der Vereine, Verbände und Träger zu minimieren, und ihre gute Struktur und Arbeit, die auch nach der Krise gebraucht werden, zu erhalten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 63.

Diskussion

Herr Breuer erläutert, dass dieser Antrag gemeinsam mit der Mitteilung der Verwaltung unter Top 63 beraten werden sollte. In der Zielrichtung sei man sich einig, die soziale Landschaft zu erhalten.

Frau Holt erläutert, dass die Stadt in dieser Corona-Zeit hinter den Sozialträgern stehen müsse und daher danke sie dem Bürgermeister für die zu Beginn der Sitzung verkündete Botschaft, dass die Zuschüsse weitergezahlt werden würden.

Herr Sperling fragt Bezug nehmend auf Punkt 4 der Mitteilung der Verwaltung, warum man die Träger schlechter stellen würde als die Antragsteller des Standortstärkungsfonds, da die Träger aufgefördert seien, zuerst andere Zuschüsse zu nutzen.

TOP 54 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Kita-Trägerschaften sichern

Beschluss

Der nachfolgende Antrag wird zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen:

1. Die Kita-Betreuung in unserer Stadt muss gesichert bleiben. Die Belastung der Kita-Trägerschaft muss weiter für die Träger darstellbar bleiben, sodass sie die bestehenden Trägerschaften fortführen und bereit sind, weitere Trägerschaften zu übernehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, soweit noch nicht geschehen, mit den Kita-Trägern Verhandlungen aufzunehmen, um vor dem Hintergrund des neuen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) die Höhe der freiwilligen Zuschüsse der Stadt an die Träger neu festzulegen. Die mit den Trägern gefundene Verhandlungslösung ist möglichst zeitnah dem Jugendhilfeausschuss und dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Diskussion

Herr Breuer bittet um Verweis in den Jugendhilfeausschuss. Die Verwaltung sei in Gesprächen mit den Trägern und würd in der Sitzung berichten.

Herr Kaumanns bittet ausdrücklich darum, dass zeitnah eine entscheidungsfähige Vorlage zur Verfügung gestellt werde, da die Zeit dränge. Bis zum 01.08.2020 müsse eine Entscheidung getroffen sein.

Diese Bitte wird von Frau Benary bekräftigt und von Herrn Breuer zugesichert.

TOP 55 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Berichterstattung des GMN zum Stand der Bau- und Sanierungsmaßnahmen an den Neusser Schulen

Beschluss

Der Antrag hat sich durch die als Tischvorlage vorgelegte Antwort erledigt.

Das Gebäudemanagement wird beauftragt,

- über den aktuellen Stand der Bau- und Sanierungsmaßnahmen an den Neusser Schulen schriftlich zu berichten;
- über die Maßnahmen zu berichten, die im Rahmen der „Baufreiheit“ (Schließung der Schulen wegen der Corona-Pandemie) vorgezogen oder zusätzlich durchgeführt wurden und werden;
- über den Stand der Sanierung der Schultoiletten zu berichten, deren Instandsetzung unter den derzeit gültigen Hygienebestimmungen ein besonderer Stellenwert zukommt.

Diskussion

Herr Breuer verweist auf die Tischvorlage, mit der die Fragen beantwortet seien und sich der Antrag damit erledigt habe.

TOP 56 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Humanitäre Notfallmaßnahme - Aufnahme hilfsbedürftiger Familien und minderjähriger unbegleiteter Geflüchteter aus Griechenland

Beschluss

1. Die Stadt Neuss bietet der Bundesregierung unverzüglich 30 zusätzliche Aufnahmeplätze für hilfsbedürftigste Personen wie Familien mit Kindern in prekären humanitären Situationen in den griechischen Auffanglagern an.
2. Die Stadt Neuss bietet darüber hinaus der Bundesregierung unverzüglich zusätzlich sechs Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Geflüchtete an und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

64 Ja (27 CDU, 18 SPD, 7 Die Grünen, 5 FDP, 3 Die Linke, 2UWG/GO Neuss, 2 fraktionslos)
1 Nein (AfD)

TOP 57 Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Elternbeiträge aussetzen

Beschluss

1. Die Stadt Neuss setzt die Erhebung von Elternbeiträgen zur Kinderbetreuung (Kita, Tagespflege, OGS) aus, solange die Betreuungsangebote aufgrund der Corona-Pandemie außerhalb der Notbetreuung nicht wahrgenommen werden dürfen.
Die Verwaltung wird beauftragt, alle dafür notwendigen Schritte vorzunehmen.
2. Die Stadt Neuss möge sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass für ausgefallene Beiträge weiterhin eine Kostenbeteiligung des Landes bzw. Bundes erreicht wird.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 36 und TOP 49 Ziffer 2c).

TOP 58 Antrag der LINKE-Fraktion betr. Umsetzung von Haushaltsbeschlüssen

Beschluss

I. Die Verwaltung wird gebeten, in der Ratssitzung am 8. Mai zu berichten,

1. wie sich die vorläufige Haushaltsführung auf die Umsetzung von Vorhaben und Beschlüssen auswirkt. Dabei ist exemplarisch auf folgende Vorhaben und Beschlüsse einzugehen und darzustellen, inwiefern und innerhalb welches Zeitrahmens diese unter den aktuellen Bedingungen umgesetzt bzw. finanziert wurden oder werden können:
 - a. Gewährung eines Mietkostenzuschusses an die Rheinische Fachhochschule im Rahmen der „Gründungsoffensive“
(Ratsbeschluss vom 27.09.2019; Summe im Haushaltsplan: 33.187€);
 - b. Digitalisierung des Kulturwegweisers für Kinder und Jugendliche
(Kulturausschuss vom 21.11.2019; Summe: 15.000€);
 - c. Gewährung von Zuschüssen für die Projekte „Neu(e)ss Wohnen für Frauen“ des SkF und für das Hilfsprojekt der Augustinus-Gruppe für wohnungslose Frauen
(Sozialausschuss vom 12.11.2019; Summen: 70.724€ und 164.700€);
 - d. die Vorbereitungen und das Einstellen von Personal zur Umsetzung des „Neuss-Pass“
(Finanzausschuss vom 3.12.2019; Summe: 50.100€ Sachkosten + Personal);
 - e. Gewährung eines Zuschusses an das Jugendbistro Weckhoven
(Jugendhilfeausschuss vom 5.11.2019; Summe: 19.150€);
 - f. die beschlossene Erhöhung von Zuschüssen für den Betrieb von Offenen Türen
(Jugendhilfeausschuss vom 5.11.2019; Summe: 216.128€);
 - g. zusätzliche Baumpflanzungen nach Aufstockung der Mittel
(Umweltausschuss vom 6.11.2019; Summe: 50.000€ + 150.000€);
 - h. Arbeiten zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes
(Umweltausschuss 6.11.2019; Summe: 100.000€).
2. weshalb bisher keine öffentliche Bekanntmachung der im Dezember 2019 beschlossenen Haushaltssatzung erfolgte
3. wie die aktuellen Planungen zur Aufhebung des Zustandes der vorläufigen Haushaltsführung aussehen.

II. Eventuell je nach Ergebnis zu Ziffer I: Beschlussfassung über die notwendigen Maßnahmen zur Inkraftsetzung der Haushaltssatzung.

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 6 und wurde durch die Berichterstattung erledigt.

Anfragen

TOP 58.1 Anfrage des Herrn Stv. C. Thiel betr. Verlängerung des Hubertusweges zum Nixhütter Weg/Aurinstraße (K17) in Neuss-Reuschenberg

Die Antwort auf die Anfrage lag den Mitgliedern des Rates vor.

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 58.2 Anfrage des Stv. Herrn C. Thiel betr. Parkraumsituation Jakob-Koch-Str./Südpark in Neuss-Reuschenberg

Die Antwort auf die Anfrage lag den Mitgliedern des Rates vor.

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Diskussion

Herr C. Thiel bezieht sich auf die Antwort auf die Anfrage zu TOP 58.3. Die bisher auf der Straße stehenden Autos stehen nun auf dem Parkplatz am Südpark. Damit sei das Problem nur verlagert. Herr Breuer sagt zu, nochmals an die Stadtwerke heranzutreten.

TOP 58.3 Anfrage des Herrn Stadtverordneten C. Thiel betr. Parkraumsituation Parkplatz Südpark Eishalle in Neuss-Reuschenberg

Die Antwort auf die Anfrage lag den Mitgliedern des Rates vor.

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 58.4 Anfrage von Herrn Stv. Michael Klinkicht betr. Bundes- / NRW-Soforthilfe-Programm (Corona-Hilfe)

Die Antwort auf die Anfrage lag den Mitgliedern des Rates vor.

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt

TOP 58.5 Anfrage von Herrn Stv. Thomas Kaumanns betr. Zuhörer beim Audiostream der Ratsitzungen

Die Antwort auf die Anfrage lag den Mitgliedern des Rates vor.

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt

TOP 58.6 Anfrage von Herrn Stv. Thomas Kaumanns betr. Renovierung des Bolzplatzes im Barbaraviertel

Die Antwort auf die Anfrage lag den Mitgliedern des Rates vor.

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 58.7 Anfrage von Herrn Stv. Thomas Kaumanns betr. Zuschüsse für plusKITA

Die Antwort auf die Anfrage lag den Mitgliedern des Rates vor.

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 58.8 Anfrage von Herrn Stv. Thomas Kaumanns betr. Bewerbung der Stadt bei „Smart Cities made in Germany“

Die Antwort auf die Anfrage lag den Mitgliedern des Rates vor.

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 59 Bericht zur aktuellen Haushaltslage

Die Mitteilung der Verwaltung wird von den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis genommen.

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 6-

**TOP 60 Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr
(hier: Sachstand zur Einführung einer betrieblichen Krankenversicherung)**

Die Mitteilung der Verwaltung wird von den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis genommen.

TOP 61 Wirtschaftsförderung in der Coronakrise

Die Mitteilung der Verwaltung wird von den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis genommen.

TOP 62 Sachstandsmitteilung Wegfall verkaufsoffener Sonntag am 03.05.2020 durch CO-VID-19

Die Mitteilung der Verwaltung wird von den Mitgliedern der Verwaltung zur Kenntnis genommen

TOP 63 Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Leistungsstörungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie

Die Mitteilung der Verwaltung wurde von den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis genommen.

Anmerkungen zur Beschlussfassung

Die Beratung erfolgte zusammen mit TOP 53.

TOP 64 Sachstandsbericht Ausbau Kindertagesbetreuung in der Stadt Neuss

Der Bericht wird in den Jugendhilfeausschuss verweisen.

Diskussion

Herr Breuer bittet darum, einmalig auf den Bericht in der heutigen Sitzung zu verzichten und diesen in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Vorsitz
Bürgermeister Reiner Breuer

Ratsmitglied *
Helga Koenemann

Schriftführerin
Johanna Steffens

* Mit Schreiben vom 19.06.2020 hat Frau Stadtverordnete Koenemann mitgeteilt, dass sie die Niederschrift nicht unterzeichnet.